

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Gesch. Nr. 012/14

16.04.22 Gemeindeorganisation; Postulate

Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2015 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016/20 / Substantielles Protokoll

[...]

4. GESCHÄFT-NR. 012/14

Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2015 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016/20

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat hat mit Antrag und Weisung gemäss Auszug aus dessen Protokoll vom 2. Oktober 2014 (SRB-Nr. 198) seine detaillierten Ausführungen zum Voranschlag 2015 zu Händen des Grossen Gemeinderates verabschiedet. Das Geschäft umfasst folgende Anträge:

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2015 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	104'649'200
	Ertrag	Fr.	104'300'900
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	13'650'000
	Einnahmen	Fr.	2'323'300
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0
	Einnahmen	Fr.	1'500'000
2. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2015 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
3. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 348'300 wird dem Eigenkapital entnommen.
4. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
5. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016/20 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. den Stadtrat, zweifach
 - b. die Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. sämtliche Abteilungen der Stadtverwaltung (11)
 - d. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat, dreifach.

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die umfangreichen, separaten Akten verwiesen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

BEHANDLUNG IM RAT

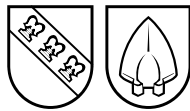
1. VORWORT RATSPRÄSIDENTIN

1.1 GRUNDLEGENDES

Die Ratspräsidentin schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus. Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss des gedruckten Voranschlages zu erwähnen sind, erläutert die Präsidentin den vorgesehenen Fahrplan. Die Ratsmitglieder haben jeweils ein solches Exemplar ausgeteilt erhalten. Zudem wird die durch das Büro des Grossen Gemeinderates vorgesehene Reihenfolge der Behandlung des Voranschlages auf einer Sichtfolie im Sitzungssaal projiziert.

1.2 ZUM ABLAUF:

1	Vorwort Ratspräsidentin Grundsätzliches zum Ablauf	Richtwerte
2	Eintretensdebatte Im Rahmen der Eintretensdebatte wird nur zum Voranschlag im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 4 ff. abgehandelt.	
2.1	Referat des RPK-Präsidenten	15'
2.2	Voten RPK-Mitglieder zum Eintreten	5'
2.3	Voten Ratsmitglieder zum Eintreten	5'
2.4	Referat des Finanzvorstandes	15'
2.5	Weitere Votes der Ratsmitglieder	2' – 3'
3	Abstimmung über Eintreten	
4	Detailberatung Laufende Rechnung Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 6 des gedruckten Voranschlages	
4.1	Anträge RPK	
4.2	Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
4.3	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
4.4	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	
4.5	Weitere Anträge Mitglieder GGR	2' – 3'
4.6	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen der Mitglieder GGR	2' – 3'
4.7	Abstimmung zu den Anträgen Mitglieder GGR	



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

5	Detailberatung Investitionsrechnung Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 58 des gedruckten Voranschlages	
5.1	Anträge RPK	
5.2	Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
5.3	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
5.4	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	
5.5	Weitere Anträge Mitglieder GGR	2' – 3'
5.6	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen der Mitglieder GGR	2' – 3'
5.7	Abstimmung zu den Anträgen Mitglieder GGR	
6	Beratung der Abschreibungstabelle Seiten 67/68	
7	Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle ab Seite 69	
7.1	Antrag RPK zu Konto 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“	
7.2	Mitglieder GGR zum Antrag der RPK (950.5031.12 Bandenanlage)	
7.3	Stellungnahme Mitglied Stadtrat zum Antrag RPK (950.5031.12 Bandenanlage)	
7.4	Abstimmung zum Antrag RPK 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“	
7.5	Weitere Anträge Mitglieder GGR	
7.6	Allfällige Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu Anträgen Mitglieder GGR	
7.7	Abstimmung zu Anträgen Mitglieder GGR	
8	Zwischenabstimmung zum Voranschlag Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages	
9	Diskussion zum Steuerfuss	
9.1	Antrag RPK	
9.2	Wortmeldungen Mitglieder GGR	
9.3	Stellungnahme Stadtrat	
10	Zwischenabstimmung zur Festsetzung des Steuerfusses Dispositiv-Ziffer 2 des stadträtlichen Antrages	
11	Kenntnisnahme IAFP Diskussion	
12	Zwischenabstimmung zur Kenntnisnahme des IAFP Dispositiv-Ziffer 5 des stadträtlichen Antrages	
13	Schlussabstimmung zu den Ziffern 1-6 des stadträtlichen Antrages inklusive aller vorgenommenen Änderungen	



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Im Besonderen sei erwähnt, dass in die nun folgende Eintretensdebatte nur Raum für Grundsätzliches und für Aspekte zur Sache bietet. Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Im Vorfeld diskutierte das Ratsbüro Behandlungsvarianten, wonach die Detailberatung der Laufenden Rechnung (und später jene der Investitionsrechnung) mit der Behandlung der durch die Rechnungsprüfungskommission formulierten Anträge beginnen soll. Über diese wäre hernach abzustimmen. Erst danach könnten weitere Anträge durch die Ratsmitglieder vorgebracht werden, wobei die Beratung seiten- und Kontogruppenweise erfolgt.

Das Ratsbüro spricht sich gegen diese Beratungsoption aus. Es widerspricht der bisherigen Art und Weise – und damit einer langen Tradition – den Voranschlag zu behandeln.

1.3 REDEZEITEN

Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates regelt die Redezeiten. Das Ratsbüro hat im vorliegenden Fahrplan marginale Kürzungen dieser Regelzeiten vorgenommen und bittet, diese einzuhalten. Nur dann gelingt es, die Diskussionen straff und nicht ausufernd zu führen.

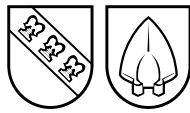
1.4 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 45 ff. der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 48 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 48	¹ Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt. ² Über einen verbleibenden Hauptantrag wird gemäss Abs. 3 abgestimmt. ³ Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.	Gleichgeordnete Anträge
---------	---	----------------------------

Die Ratspräsidentin bittet um Kenntnisnahme, wonach diese Regelung mit Revision der Geschäftsordnung aufgrund des Nachvollzugs des übergeordneten Gesetzes über die politischen Rechte GPR neu in dieser Form angewendet werden muss.

Die Ratspräsidentin erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

1.5 ORDNUNGSANTRAG GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP ÄNDERUNG DER BERATUNGSREIHENFOLGE

Gemeinderat André Büecheler, SVP, stellt einen Ordnungsantrag im Sinne der Art. 34 und 41 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung. Entgegen dem Vorschlag des Ratsbüros, wonach der Voranschlag anhand der Reihenfolge, wie sie gemäss gedruckter Kontozusammenstellung vorliegt, behandelt werden soll, macht Gemeinderat Büecheler beliebt, erst über die von der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission in ihrem schriftlichen Abschied unter Punkt 2, Kürzungsanträge zur Laufenden Rechnung, zu beschliessen. Hernach sollen die Kürzungsanträge der Kommission zur Investitionsrechnung gemäss Punkt 4 der kommissionellen Stellungnahme beraten werden. Erst danach mögen die übrigen Positionen der Laufenden sowie der Investitionsrechnung diskutiert werden.

Ratspräsidentin Röögli möchte zum beantragten Vorgehen Stellung nehmen, als *Ratsmitglied Büecheler* ihr unwirsch ins Wort fällt und Art. 41 der Geschäftsordnung des Parlamentes zitiert. Demnach habe die Ratspräsidentin an jener Stelle keine Verlautbarungen mehr von sich zu geben. Wenn der Rat nichts anderes beschliesse, erhalte zum gestellten Ordnungsantrag für jede Fraktion ein Ratsmitglied das Wort, um diesen zu kommentieren. Dafür stünden jedem Votant maximal drei Minuten zur Verfügung.

Die Ratspräsidentin schweigt. Hernach leitet Sie zur Diskussion zum Ordnungsantrag über.

1.5.1 VOTEN ZUM ORDNUNGSANTRAG BÜECHELER; ÄNDERUNG DER BERATUNGSREIHENFOLGE

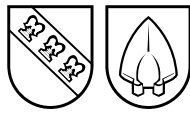
1.5.1.1 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP/JUSO

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP/JUSO, zeigt sich erstaunt über den gestellten Ordnungsantrag, schliesslich sei es dem Büro des Grossen Gemeinderates überlassen, wie es die Reihenfolge der Beratungen des Voranschlages festlegen wolle.

Das vorgeschlagene Prozedere widersprache dem angewandten Usus der letzten Jahre.

Die SP/JUSO-Fraktion lehnte die vorgeschlagene Änderung der Diskussionssequenz ab. Ferner sieht sie sich gezwungen, vom geschlossenen Kommissionskompromiss abzurücken, sollte dem Ordnungsantrag stattgegeben werden. Die Fraktion würde sich bei Eintreffen eines veränderten Behandlungsszenarios nicht mehr an die einstimmig zu Stande gekommenen Anträge, verschriftlicht im Abschied der Rechnungsprüfungskommission, gebunden fühlen.

Die beantragten Änderungen können nur gestützt werden, wenn für die angeschlossene Fraktion Klarheit darüber besteht, dass der Rat hernach keine gravierenden Kürzungen mehr an den übrigen Positionen beschliesse.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

1.5.1.2 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP/JLIE

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, gibt bekannt, dass die angeschlossene Fraktion den gestellten Ordnungsantrag zur Änderung der Beratungsabfolge unterstütze.

1.5.1.3 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, erachtet den Inhalt des Ordnungsantrages als keine gute Idee. Die Ratspräsidentin sie Vorsitzenden und damit sei ihr die Sitzungsführung übertragen; so möge folglich auch sie nach ihrem eigenen Gutdünken und getreu den Vorbereitungen des Ratsbüros verfahren dürfen, ohne nun den gesamten vorgesehen Ablauf neu strukturieren zu müssen.

Gemeinderat Zimmermann bittet um Ablehnung des im Raum stehenden Ordnungsantrages.

1.5.1.4 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, zeigt sich verblüfft; offenbar habe einzig seine Fraktion keinerlei Anzeichen oder Signale zum geplanten Vorhaben im Vorfeld zu dieser Sitzung erhalten. Hasler habe nun erst in der Plenardebatte davon erfahren.

Gemeinderat Hasler missfällt das Gebaren zur vorgeschlagenen Änderung im Geschäftsgang; erst recht angesichts der Tatsache, wonach der in vielen Stunden der mühseligen Diskussion in der Rechnungsprüfungskommission erarbeitete Kompromiss derart leichtfertig preisgegeben werde.

Die vorgeschlagene Massnahme stehe in keinem Verhältnis zu dem, was nun los getreten werden könne.

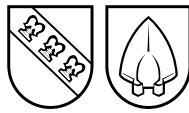
Für Gemeinderat Hasler ist der Ordnungsantrag nicht nachvollziehbar, weshalb er bittet, diesen in der nun folgenden Abstimmung abzulehnen.

1.5.2 ABSTIMMUNG ZUM ORDNUNGSANTRAG GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP ÄNDERUNG DER BERATUNGSREIHENFOLGE

Der geänderten Behandlungsreihenfolge, wie mit Ordnungsantrag von Gemeinderat Büecheler gefordert, wird mit 19 : 13 Stimmen (bei einer Enthaltung) statt gegeben.

Sobald das Plenum nach der nun folgenden Eintretensdebatte die Eröffnung der Detailberatung beschliesst, werden nunmehr zuerst die von der Rechnungsprüfungskommission gestellten Anträge zur Laufenden Rechnung (gemäss Abschnitt 2 des entsprechenden Kommissionsabschiedes) und hernach die Kürzungsanträge zur Investitionsrechnung (Abschnitt 4) beraten.

Danach erfolgt die restliche Beratung gemäss ursprünglich vorgesehener Reihenfolge mit Möglichkeit zur Einbringung von Einzelanträgen aus dem Plenum.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

2 EINTRETENSDEBATTE

2.1 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel.

Der Stadtrat lege dem Parlament einen Voranschlag vor, welcher erneut ein Defizit ausweise. Für das Jahr 2015 rechne der Stadtrat mit einem Minus von Fr. 350'000.-.

Die Rechnungsprüfungskommission anerkenne, dass sich das Budget zum Jahr 2015 besser präsentiere als der vormalige Voranschlag zum Jahr 2014. Trotzdem komme die Rechnungsprüfungskommission einstimmig zum Schluss, dass Nachbesserungen erforderlich seien.

Michael Käppeli gibt bekannt, wonach die Rechnungsprüfungskommission mit dem dargelegten Voranschlag 2015 noch nicht zufrieden sei.

Die Unzufriedenheit beruhe denn auch hauptsächlich auf drei Säulen.

I

In den letzten Jahren habe die Stadt Illnau-Effretikon stets rote Zahlen geschrieben. Zudem nehme der Stadtrat bei seiner Planung im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP über die gesamte Legislatur weiterhin Budgetdefizite in Kauf (*vgl. IAFP S. 8/57*).

Diese Finanzplanung stehe im Widerspruch zum stadträtlichen Schwerpunktprogramm zur Amtsdauer 2014-2014. In jenem halte der Stadtrat fest, wonach er der Gesundung der Finanzen oberste Priorität einräume. Mit weiteren Defiziten würden die Finanzen aber nicht ins Lot gelangen.

II

Den weiteren Stellenausbau in der Verwaltung beurteile die Rechnungsprüfungskommission äusserst kritisch. Zu Zeiten des Finanzdrucks erwarte die Rechnungsprüfungskommission vom Stadtrat eine zurückhaltende Strategie in der Stellenplanentwicklung. Es sollten nicht Leistungen zu Gunsten der Bevölkerung abgebaut und gleichzeitig das Stellenetat ausgebaut werden. Der vom Stadtrat beschlossene Stellenausbau in der Verwaltung berge politischen Zündstoff.

III

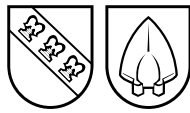
Die Präsentation eines schwarzen anstelle eines roten Budgets verfüge über symbolische Kraft. Es untermauere, dass der Stadtrat die Gesundung der Finanzen als oberstes Ziel konsequent verfolge.

Die Bevölkerung soll der Politik vertrauen können, wenn sie im nächsten Sommer an der Urne über den Zusammenschluss mit der Gemeinde Kyburg und die Schulraumerweiterung Hagen abstimme.

Kommissionspräsident Michael Käppeli verkündet resümierend das Fazit der Kommissionsuntersuchungen:

Die Rechnungsprüfungskommission beantrage aus den erwähnten drei Hauptgründen an diesem Abend Nachbesserungen zum Budget 2015 hin zu schwarzen Zahlen.

Um das Ziel jener schwarzen Zahlen zu erreichen, formuliere die Rechnungsprüfungskommission konkrete Erwartungen an den Stadtrat:



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

I

Die Rechnungsprüfungskommission hätte es als Chance gewertet, wenn der Stadtrat Hand für einen gemeinsamen Effort von Exekutive und Legislative geboten hätte. Der Stadtrat wollte sich aber nicht an einer konstruktiven Lösung beteiligen. Die Rechnungsprüfungskommission respektiere dies. Im Gegenzug erwarte hingegen die Rechnungsprüfungskommission vom Stadtrat, dass er die Prüfergebnisse und den gesunden Sparwillen der vorberatenden Kommission anerkenne. Es würde als Zeichen der Stärke estimiert werden, wenn der Stadtrat am heutigen Abend wenigstens die Kommissionsanträge mittragen würde.

II

Die Rechnungsprüfungskommission erwarte, dass der Stadtrat ab Vorlage des Voranschlages zum Jahr 2016 aus eigenen Stücken deutlich schwarze Zahlen budgetiere. Deutlich schwarze Zahlen würden die Chance bieten, auf den einen oder anderen Leistungsabbau, wie ihn der Stadtrat plant, bei der Behandlung der Voranschläge 2016 bzw. 2017 nicht einzugehen.

Die Rechnungsprüfungskommission denkt dabei an

- an die Weiterführung des Jugendtreffs „Funky“,
- an den Erhalt der Bibliothek Illnau, oder auch
- an die weitere Gewährung von Gemeindegzuschüssen, sprich von
- Ergänzungsleistungen zur AHV/IV für Personen, die darauf angewiesen sind.

Gemeinderat Käppeli kündigt den Abschluss seines Votums an. Weihnachten stehe vor der Tür. Es sei ihm doch deshalb gestattet, die eben dargebrachten Ausführungen als Kommissionspräsident mit einem Wunsch an die heutige parlamentarische Debatte abzurunden:

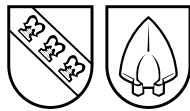
Die Rechnungsprüfungskommission habe nach intensiver Debatte einen tragfähigen Kompromiss gefunden. Die Kommissionsmitglieder seien daher dankbar, wenn das Plenum, den kommunizierten Anträge Wohlwollen entgegenbringen und die Vorschläge mittragen würden.

Und noch viel mehr danke die Rechnungsprüfungskommission sämtlichen Ratsmitgliedern, wenn diese den Gesamtrat nicht mit zahlreichen Zusatzanträgen überraschen. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier mögen anlässlich der heutigen Budgetdebatte doch bitte „eine Fünf gerade sein lassen“.

Kommissionspräsident Käppeli zeigt sich überzeugt, dass mit der soeben demonstrierten Idealhaltung der überparteilich ausgehandelte Antrag der Rechnungsprüfungskommission die beste Unterstützung zuteil wird.

Michael Käppeli bedankt sich bei der Zuhörerschaft für deren Aufmerksamkeit und ganz besonders auch bei den Kollegen, welche Einsitz in der Rechnungsprüfungskommission nehmen, für die stets konstruktive Zusammenarbeit.

Das Wort zum Eintreten steht weiteren Mitglieder der vorberatenden Kommission offen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

2.2 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK 2.2.1 GEMEINDERAT ROGER MIAUTON, SVP

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, spricht zum Eintreten.

Der Stadtrat verabschiede jährlich den Voranschlag für das Folgejahr. Jedes Jahr müsse das Parlament dabei zur Kenntnis nehmen, dass die Ausgaben in der konstanten Steigung begriffen seien. Die meisten Sorgen bereiten dabei die Ausgaben des Ressorts Soziales. Es stehe dort wiederum ein Jahr ins Haus, in welchem Fr. 1 Mio. an Mehrausgaben prognostiziert würden. Diese Mehrausgaben seien nur dank des höheren Ausgleichsbetrages des Kantons zu decken. Wo möge dies noch hinführen? Während vor fünf Jahren noch jeder investierte Steuerfranken für Leistungen im Ressort Soziales ausgegeben wurde, so sei es im Jahre 2015 bereits schon mehr als jeder dritte – und in wohl absehbarer Zeit jeder zweite – Franken.

Da komme man nicht umhin, sich zu fragen, was mit der Gesellschaft los sei. Steuere man unaufhaltbar dem Ende entgegen oder verkomme der Staat zu einer reinen Zahlstelle?

Die Entwicklungen im Sozialwesen werden die Gesellschaft und die Politik in den nächsten Jahren ausschöpfend beschäftigen; und dies nicht nur auf kommunaler Stufe. Es werden grosse Anstrengungen vorzukehren sein, um wieder Normalität – auch im Sozialwesen – einkehren zu lassen.

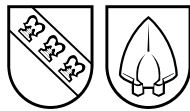
2.2.2 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, bedauert namens der gesamten Fraktion, wonach der Stadtrat nicht auf das Angebot der Rechnungsprüfungskommission eingetreten sei, seinen Voranschlag mit Sparvorschlägen zu ergänzen und damit dem Sparwillen Ausdruck zu geben und diesen zu manifestieren. Der Stadtrat habe mit seinem Gebaren eine einmalige Chance verpasst, die Zusammenarbeit zwischen dem Legislativorgan und der Stadtregierung zu verbessern und gleichzeitig eine schwarze Null zu erreichen. Nur wenige Promille des Gesamtbudgets hätten hierbei vollends ausgereicht.

Da der Stadtrat dem Zutagetreten von etwelchen Sparbemühungen entsage, wird die SVP-Fraktion es sich - je nach Abstimmungsverhalten des Plenums - vorenthalten, weitere Kürzungsanträge zu postulieren, um damit den Voranschlag einem verbesserten Ergebnis entgegenzuführen. Laut Stadtrat entspreche eine sogenannte „Schwarze Null“ offenbar einem Aufwandüberschuss von Fr. 350'000.-; diese Auffassung teilt Gemeinderat Truninger nicht.

Mit Schulden von annähernd Fr. 60 Mio. sei der Zeitpunkt nun reif, den Einwohnerinnen und Einwohnern von Illnau-Effretikon zu demonstrieren, dass wenigstens ihr Parlament für ein positives Budget kämpfe.

Anlässlich der heutigen Ratsdebatte wird sich einmal mehr zeigen, welche Parlamentarierinnen und Parlamentarier sich ihrer Aufgabe der Volksvertretung verpflichtet fühlen und sich so für ein positives Budget, ohne Erhöhung des Steuerfusses, einsetzen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

2.2.3 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, fühlt sich des Credos der Grünen verpflichtet und bleibt im Sinne einer beständigen und nachhaltigen Politik dem vorliegenden Budget treu.

Wesentliche Elemente würden dazu beitragen, um langfristig eine ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können – hierzu seien aber Blick und Fokus über das Jahr 2015 hinaus zu richten.

Das erste Element komme in der Form der Investitionen daher. Da stehe man bereits in der Schuld; schon in frühen Jahren hätte sich dieser Zustand aufgrund der regen städtischen Investitionstätigkeit abgezeichnet. Wie ausgeführt wurde, setze sich diese Investitionskadenz fort, auch wenn dies nicht notwendig sei. Heute sei man im Begriff, Schulden abzubauen. Mit dem Aufbau weiterer Infrastruktur gehe nicht nur deren Erneuerung, sondern vor allem auch deren Unterhalt einher. Hinsichtlich dieser Thematik haben der Grosse Gemeinderat und die Rechnungsprüfungskommission anlässlich der Budgetdebatte vor zwei Jahren einen gefährlichen Pfad beschritten, als das Plenum Kürzungen im Unterhaltsetat beschloss. Der Stadtrat wehrte sich damals vehement gegen diese Kürzungen und warnte vor dem Aufbau einer Unterhaltsschuld. Zwar sinken so kurzfristig die Ausgaben bei den Unterhaltskonti, der Gegeneffekt bei der vernachlässigten Infrastruktur liesse jedoch nicht lange auf sich warten – dereinst wird die künftige Generation das ausbaden müssen, was die jetzige Gilde mit ihrem Gebaren anrichte.

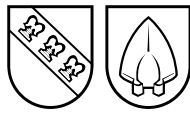
Wie erwähnt, strich das Parlament im Jahre 2012 die eingestellten Positionen für Unterhaltsvorhaben zusammen. Umso mehr zeigt sich Gemeinderat Hasler erstaunt, als dass er feststellen muss, dass der Stadtrat bei den entsprechenden Positionen zu den Ressorts Hoch- und Tiefbau noch weniger Gelder veranschlagt, als dies der Grosse Gemeinderat in damals kürzender Manier definiert hat.

Weiteres Element auf dem Weg zu gesunden Finanzen bilde die Laufende Rechnung. Erklärtes Ziel sei die Erreichung der bereits viel zitierten „schwarzen Null“. Die Fraktion werde sich deshalb an den durch die Rechnungsprüfungskommission ausgehandelten Kompromiss halten. Zwar erziele man mit den Kommissionsvorschlägen rechnerisch noch keine „schwarze Null“, dennoch trage man damit wesentlich zur Ergebnisverbesserung bei, während der Stadtrat sich bei der Lösungsfindung divenhaft und vornehm zurückgenommen habe.

Der Stadtrat habe während der Dauer des Vorberatungsprozesses nunmehr eine Möglichkeit verstreichen lassen, seine eigenen Vorschläge, die seit Erstellung des Voranschlages vor rund einem halben Jahr immerhin nicht mehr ganz der Aktualität entsprechen, der aktuellen Entwicklung anzugleichen und zu revidieren. Die Rechnungsprüfungskommission gab Hinweise, wo solche Positionen allenfalls zu korrigieren gewesen wären. Der Stadtrat bewegte sich nicht und gab so seinen eigenen Einfluss und seine Mitbestimmungsmöglichkeit preis, ansonsten er im Prozess hätte partizipieren und lenken können, bei welchen Positionen er zur Vornahme von Justierungen bereit gewesen wäre.

Der Stadtrat müsse somit in Kauf nehmen, dass das Parlament diese Passivität nun für sich zu verwenden wisse, um an Positionen zu schrauben, wo der Stadtrat es vielleicht nicht gerne sehe. Dies habe er nun aber alleine zu verantworten. Wörtliches Zitat: „Sälber Schuld!“

Zuletzt möchte Gemeinderat Hasler auf die angesprochene Steigung der Kosten in den Ressort Soziales (in den letzten fünf Jahren +55 %), Schule (+39 %) und Gesundheit (+36 %) zu sprechen kommen. Eine gewisse Steigung könne zugegebenermassen nicht von der Hand gewiesen werden. Allerdings sei erwähnt, dass der Posten der Abschreibungen mit +92 % den mit Abstand grössten Raum einnehme. Dieses Geld werde selbstverständlich faktisch nicht ausgegeben, ziehe aber Wertverluste mit sich und generiere so hohen Budgetdruck. Es handle sich hierbei nicht um ein paar hundert Franken; es drehe sich um Millionenbeträge.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Hasler schlägt, sein Votum schliessend, einen Bogen, indem er sich auf den Beginn seiner Wortmeldung referenziert. Die Abschreibungen resultierten aus Investitionen, die zu tätigen waren, weil bis dahin latente Gefahr bestand, den Unterhalt wichtiger Infrastruktur sträflich zu vernachlässigen.

Diese Auffassung von strategischer Politik erachtet Gemeinderat Hasler als grundsätzlich falsch, merkt aber an, dass die angesprochene Thematik den in der Vorberatung ausgehandelten Kompromiss nicht berühren und ihm nicht zu wieder laufen soll. Die Fraktion steht hinter dem Vorschlag der Rechnungsprüfungskommission und wird die aufgezeigte Problematik in Zukunft anderweitig an geeigneter Stelle erörtern.

2.2.4 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP/JUSO

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP/JUSO, bedient sich eines Vergleiches mit rhetorischer Frage: Wenn Klein-Hansi von seiner Mutter Fr. 100.- für den Einkauf erhalte; wie werde diese wohl reagieren, wenn er für die einzukaufende Ware Fr. 100.30 oder Fr. 97.70 ausgabe?

Gemeinderat Kindlimann weicht das Plenum in einige finanzpolitische Überlegungen der SP/JUSO-Fraktion ein. Grundsätzlich könne sich diese mit dem Voranschlag des Stadtrates einverstanden erklären. Die Fraktion teile die Besorgnis angesichts der finanziellen Lage der Stadt. Im Bewusstsein, dass jeder Voranschlag aber auch gewisse Ungenauigkeiten und „Unschärfen“ miteinschliesse, so hätte mit einer „roten Null“ gerechnet werden dürfen. Auch der Stadtrat des Ressorts Finanzen habe sich mehrfach schon weitgehend dahin vernehmen lassen, wonach der Stadtrat sich bemühen werde, künftig eine „schwarze Null“ zu präsentieren.

Obschon einige vorgesehene Sparmassnahmen im Voranschlag 2015 schmerzen – insbesondere die vorgeschlagenen Kürzungen zu Lasten des städtischen Personals – wäre gar die SP/JUSO-Fraktion bereit gewesen, über einen grossen Schatten zu springen und den in der Rechnungsprüfungskommission geschlossenen Kompromiss im Sinne der Opfersymmetrie mitzutragen.

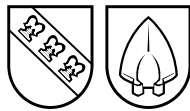
Mit dem eingangs der Sitzung durchgesetzten Ordnungsantrag, womit der Behandlungsreihenfolge des Geschäftes eine neue Ordnung widerfuhr, sieht sich die Fraktion nicht mehr gehalten, den Kommissionsbeschluss loyal umzusetzen.

Die SP/JUSO Fraktion spricht sich gegen weitere Kürzungen im vier oder fünfstelligen Bereich – insbesondere bei den Lohnmassnahmen zu Gunsten des städtischen Personals – aus.

Nicht die Laufende Rechnung habe den städtischen Finanzhaushalt in die Bedrouille bringen lassen, sondern die in den letzten Jahren realisierten Grossprojekte. Umso mehr werde es in Zukunft wichtig sein, die Frage zwischen Wünschbarem und Möglichem eingehend zu diskutieren und Entscheide an diesen Grundsätzen auszurichten.

Kindlimann betont, dass jeweils eine Mehrheit des Stadtrates, des Grossen Gemeinderates und des Stimmvolkes diese Investitionsausgaben gutgeheissen hätten und damit bereit gewesen seien, diese und allfällige Konsequenzen mitzutragen. Darunter falle allenfalls auch eine mögliche Erhöhung des Steuerfusses.

Unter diesem Gesichtspunkt bereite das Sparpaket 2017 der SP/JUSO-Fraktion Sorgen. Unter anderem soll mit Gebührenerhöhungen die Ertragsseite gestärkt werden, was Familien und Personen mit kleinem bis mittlerem Einkommen unverhältnismässig stark treffe. Auch dem aufgezeigten Leistungs-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

abbau (Schliessung Bibliothek Illnau; Schliessung Jugendtreff Funky Illnau; usw.) sieht die Fraktion mit Argwohn entgegen; dieser Entwicklung sei Einhalt zu gebieten. Hierzu werden die Budgetdebatten der kommenden Jahre massgebend sein, derweil die Fraktion auf Eintreten zum gegenwärtigen Voranschlag plädiert.

Die Präsidentin stellt fest, dass keine weiteren Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission das Wort zum Eintreten begehren.
Die Diskussion steht nun dem Gesamtrat offen.

2.3 VOTEN RATSMITGLIEDER ZUM EINTRETEN 2.3.1 GEMEINDERAT HANS-JÜRG GEHRI, BDP

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, begrüsst insbesondere die „SVP-Kläuse“.

Erweiterung im Saal.

Gemeinderat Gehri zitiert einen nicht näher genannten Künstler, der da folgende Weisheit zum Besten gab: „Wenn Sie in einem gewissen Alter sind, müssen Sie sagen, was Sie denken“.

Hans-Jürg Gehri scheint sich daran ein Beispiel zu nehmen und möchte sich anlässlich der nun bevorstehenden Debatte in seinen Ausführungen von diesem Ausspruch leiten lassen.

Wer in der Stadtverwaltung sei federführend für die städtischen Finanzen? Wie sei es möglich, dass einzelne Ressorts für das Jahr 2015 neue Projekte budgetieren, während andere ihre Gelder zu Lasten der Schwächsten zusammenstreichen? Wie sei es möglich, dass ihm Rahmen der Medienkonferenz zur Präsentation des Voranschlages 2015 ein Minus von Fr. 350'000.- als „rote Null“ deklariert werde?

Dem Kassier sei eine Botschaft dringend ans Herz zu legen:
Brille: Fielmann.

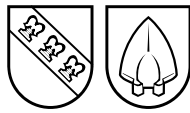
Wie sei es möglich, dass der Voranschlag karikative Spenden an x-beliebige Institutionen vorsehe? Es sei ein leichtes Unterfangen zu eruieren, welches Mitglied des Stadtrates sich für die jeweilige Unterstützung ausgesprochen habe.

Was nütze es, wenn u.a. der Schweizer Bauernverband von der Stadt Illnau-Effretikon einen Beitrag von Fr. 500.- zugehalten bekomme?

Die anhaltende Selbstbedienungsmentalität des Stadtrates stösst Gemeinderat Gehri sauer auf. Mit fremden Geldern Geschenke zu verteilen, um die eigene Klientel bei Laune zu halten, sei nicht korrekt.

Im Rahmen einer Sitzung der Geschäftsprüfungskommission, die sich derzeit mit der Vorprüfung des Geschäftes zur Erweiterung der Schulanlage Hagen befasst, hat Stadträtin Erika Klossner erklärt, wonach das finanzielle Wunschkonzert vorüber sei. Bei der Projektierung des neuen Schulhaustraktes werde nur das Notwendigste zweckdienlich umgesetzt; Sonderwünsche seien fehl am Platz.

Hans-Jürg Gehri lobt dieses Credo und dankt allen Anwesenden, die diese Grundhaltung heute Abend im Rat unterstützen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Im Übrigen gibt Gemeinderat Gehri bekannt, dass die BDP-Fraktion auf den Voranschlag einzutreten wünscht.

2.3.2 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans-Zimmermann, GP, klärt den Rat, darüber auf, aus welchen Quellen sich das Steuersubstrat mehrheitlich generiere.

Dieses setzt sich zusammen aus Einnahmen...:

- ... von natürlichen Personen, die jährlich eine Steuererklärung einreichen,
- ... der Quellensteuer; natürliche ausländische Personen, die bis Fr. 120'000.- Einkommen keine Steuererklärung einreichen müssen,
- ... von juristischen Personen,
- ... der Grundstückgewinnsteuer
- ... von Steuerauscheidungen

Totalisiert ergibt dies für die Stadt Illnau-Effretikon betrachtet Fr. 45.5 Mio.

Gemeinderat Zimmermann lädt das versammelte Plenum ein, zwei Thesen zu hinterfragen:

THESE 1:

„Ein-, Um-, und Aufzönungen sowie der Anstieg der Bevölkerungszahl resultieren in höheren Steuererträgen“.

Diese These stimme nicht, betrachte man den konstanten Gleichstand der Steuereinnahmen über die letzten Jahre. Auch die Konsultation des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes verrate, dass davon auszugehen sei, wonach sich die Steuerertragslage in Zukunft nur marginal verändern werde.

THESE 2:

„Ein-, Um-, und Aufzönungen, Ansiedlung neuer Firmen, Erstellung neuen Gewerberaums und Bau neuer Parkplätze resultieren in höheren Steuererträgen.“

Auch die Plausibilität dieser Formel sei zu verneinen. Die Steuerträge der juristischen Personen seien in den letzten Jahren über die letzten sechs Jahre nur unwesentlich im Wachstum begriffen und würden zwischen Fr. 3 Mio. und Fr. 3.3 Mio verharren.

Gemeinderat Zimmermann projiziert entsprechende Darstellungen in den Saal, die er dem städtischen Geschäftsbericht 2013 entnommen hat.

Eine Analyse der detaillierten Steuerertragszahlen der juristischen Personen fördere ein pikantes Detail zu Tage, wonach von den total 563 ansässigen Firmen beinahe 290 (also jeder zweite Betrieb) keine Steuern abliefern.

Gemeinderat Hans Zimmermann konkludiert, dass trotz der städtischen Bemühungen, Wachstum zu generieren, die Steuererträge nur unwesentlich bzw. nicht gestiegen sind und sich für die Zukunft keine intensivere Entwicklung aufzeigen lässt. Hingegen steigen Investitionen für Infrastrukturbauten (wie Schulhäuser, Strassen und Verwaltung).

Gemeinderat Zimmermann resümiert, wonach zwar die Siedlungs- und Steuerpolitik der Stadt Illnau-Effretikon nicht komplett gescheitert sei, sie aber nach neuen Denkanstössen verlangt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Im Übrigen freut sich Hans Zimmermann auf eine spannende Detailberatung, empfiehlt Eintreten auf die Vorlage und blickt mit grossem Interesse der Steuerfussdebatte entgegen.

2.3.3 GEMEINDERAT FABIAN MOLINA, SP/JUSO

Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO, meint, es sei hoch interessant zu beobachten, dass es der Schweizer Wirtschaft angesichts der prekären Grosswetterlage im Vergleich zu anderen europäischen Märkten nach wie vor sehr wohl zu ergehen scheine. Nach Konsultation verschiedener Zeitungen sei festzustellen, wonach die schweizerische Wirtschaft nach wie vor im Wachstum begriffen sei, während aber insbesondere im Kanton Zürich landauf, landab ein Grossteil der Gemeinwesen Sparpakete schnüren. Gemeinderat Molina bezieht sich auf das Beispiel der Stadt Winterthur, deren Regierung derzeit Sparbemühungen im Umfang von Fr. 60 Mio. wälzt.

Gemeinderat Molina sucht nach Antworten zur aufgezeigten Diskrepanz zwischen steigender Wertschöpfung in der Wirtschaft und den Differenzen im Staatshaushalt und meint, dass die Lösung leicht zu verorten sei. Die Budgetdebatte konzentriere sich mitunter zu sehr ausgabenfokussiert; dabei müsse der Blick hingegen auch der Einnahmenseite zugewandt werden.

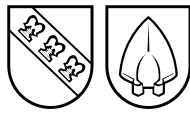
Über einen Zeitraum von zehn Jahren haben diverse Entscheide verschiedener Instanzen dazu geführt, dass diverse Steuerarten abgeschafft oder reduziert wurden (so beispielsweise die Erbschafts- und Schenkungssteuer, Handänderungssteuer, Senkung der Kapitalsteuer, Halbierung der Dividendenbesteuerung, Senkung der Vermögensbesteuerung, Sondermassnahmen bei Holdinggesellschaften, usw.).

Diese auf kantonaler Ebene beschlossenen Steuersenkungen lassen Löcher in die Gemeinde- und Stadtkassen klaffen; so beispielsweise im Falle der Stadt Winterthur im Umfang von Fr. 60 Mio.

Hätte man auf diese Steuergeschenke verzichtet, würden sich nun die anstehenden Sparrunden erübrigen. Folglich wäre beispielsweise auch die Stadt Illnau-Effretikon nicht gezwungen, über Leistungsabbau zu diskutieren. Ziel einer Budgetdebatte sollte es sodann auch nicht sein, auf Gedeih und Verderb eine „schwarze Null“ zu erzielen, sondern nützliche, sinnvolle – und damit unverzichtbare – Leistungen weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dass sich die Stadt mit dem Gedanken trage, den Jugendtreff Funky zu Illnau oder die dortige Bibliothek zu schliessen, sei schlicht unsozial.

Kurzfristig sei die fortwährende Gewährleistung der städtischen Dienstleistungen nur über eine Erhöhung des Steuerfusses zu bewältigen. Mittelfristig sei zu überlegen, wie sich die kommunalen Gemeinwesen im politischen System mit den übergeordneten Ebenen von Kanton und Bund in Steuerfragen verständigen und koordinieren wollen. So stehe etwa die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III ins Haus, wozu man über noch keinerlei Details zu möglichen Auswirkungen auf die Stadt Illnau-Effretikon verfüge.

Molina schliesst sein Votum, indem er bekannt gibt, wonach die Fraktion beliebt mache, auf die Vorlage zum Voranschlag 2015 einzutreten, im Allgemeinen aber auch die Einnahmenseite nicht ausser Acht gelassen werden dürfe.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

2.3.4 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP/JLIE

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, möchte nach dem soeben gehörten Plädoyer über das Schweizer Steuersystem den Fokus wieder auf die örtlichen Verhältnisse in Illnau-Effretikon richten.

Gemeinderat Nuzzi gibt bekannt, wonach die FDP/JLIE-Fraktion weiterhin die durch die Rechnungsprüfungskommission gefassten Anträge unterstützen werde, und zwar unabhängig der Frage zur nun beschlossenen Beratungsreihenfolge. Die Fraktion werde auch keine eigenen Vorschläge in die Debatte einbringen, um weitere Sparmassnahmen zu entwickeln. Hingegen behalten sich die Fraktionsmitglieder vor, ihr Stimmverhalten gegebenenfalls zu korrigieren, sollten von linker oder rechter Seite weitere Anträge gestellt werden, die direkt Einfluss auf den Voranschlag nehmen.

Die Fraktion empfiehlt dem Gesamtplenum, die Kommissionsanträge zu unterstützen.

2.3.5 GEMEINDERAT PETER WOHLGENSINGER, SVP

Gemeinderat Peter Wohlgensinger, SVP, fühlte sich wie im falschen Film, als er im Frühjahr erstmals an einer Debatte zur Genehmigung der Jahresrechnung beteiligt war.

Die Differenz zwischen Voranschlag und Rechnung betrug über eine Million Schweizer Franken, während die langfristigen Schulden einen Pegelstand von Fr. 57 Mio. erreicht haben; dies entspreche einer Verschuldung von Fr. 1'800.- pro Einwohner. Der Otto-Normal-Verbraucher könne sich nie und nimmer erlauben, mit einem solchen Betrag in der Kreide zustehen. Ein solcher Zustand setze unfreundliche Post der Hausbank ab. Was bleibe, sei der Gang zum Chef mit der Bitte um Lohnerhöhung. Dieser werde wohl für diese Situation bloss ein müdes Lächeln übrig haben.

Auch die Stadt kann sich derartige Auswüchse nicht länger leisten. Mit einer Steuererhöhung sei der Sache nicht gut getan, dafür sei man sich aber des Zorns der Volkswut sicher.

Gemeinderat Wohlgensinger macht beliebt, das Sparpaket des Stadtrates, die Sparvorschläge der Rechnungsprüfungskommission und auch die in der Detailberatung nachfolgenden Einzelanträge der Fraktionen zu unterstützen, damit das langfristige Ziel der Gesundung der Stadtkasse erreicht werden könne.

2.4 REFERAT DES FINANZVORSTANDES

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, spricht namens des Stadtrates – und seines Zeichens als zuständiger Ressortvorstand – zum Voranschlag. Obschon sich Stadtrat Wespi über die bereits angeregte und engagierte Diskussion freut, mahnt er, ruhig Blut zu bewahren.

Stadtrat Wespi bezieht sich auf das vorangegangene Zimmermann'sche Votum. Der durch Gemeinderat Zimmermann referenzierte Zeitraum sei wenig aussagekräftig, da der Stadt in jener Zeitphase weder hinsichtlich Gebietsveränderung noch betreffend Bevölkerungszahl Zuwüchse widerfahren sind; die dargelegten Schlüsse gelte es demnach zu widerlegen. In Zeiten, zu welchen die Stadt hinsichtlich Bevölkerungszahl und erstellten Neubauten wuchs, stieg der Steuerertrag von Fr. 30 Mio. auf bis zu Fr. 38 Mio.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

In die Diskussion einzuschliessen seien vordringlich aber auch Fragen zur Zusammensetzung der zugezogenen Bevölkerung. Zugezogene Personen oder Familien tragen nicht nur zu einem Zuwachs des Steuersubstrates zu Gunsten der Stadtkasse bei; je nach Situation generieren sie auch entsprechende Grundlagen für zu leistende Infrastrukturkosten (Schulen, Kindertagesstätten, usw.).

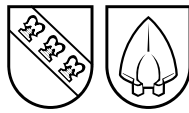
Ferner verwehrt sich Stadtrat Wespi gegen die von Gemeinderat Truninger gemachte Aussage, wonach es dem Stadtrat an Willen zum Sparen mangle. Der Stadtrat habe sich mit seinem Sparpaket zum Ziel gesetzt, bis ins Jahr 2017 Fr. 1 Mio. in der Laufenden Rechnung einzusparen. Bereits mit Umsetzung zum Voranschlag 2015 geht der Stadtrat davon aus, dass bis dahin Fr. 0.5 Mio. eingespart werden können.

Auch wenn es in den Ohren von Gemeinderat Wohlgensinger sarkastisch klingen mag, so sei es doch als gute Nachricht zu verzeichnen, wenn die Verschuldung bei Fr. 57 Mio. stagniere. Nachdem dieser Wert in den vergangenen Jahren konstant stieg, so zeigt der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan IAFP, dass bis 2020 die Verschuldung nicht weiter ansteigen werde.

Für sein übriges Referat bedient sich Stadtrat Wespi zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat einen Voranschlag mit einem Defizit von Fr. 315'000.-. Betrachtet auf das Gesamtvolumen des städtischen Finanzhaushaltes entspricht dieser Fehlbetrag einem Promillesatz von 0.3. Stadtrat Wespi zeigt die Relationen anhand eines einfachen Rechenbeispiels auf.

	V2015	V2014	Abw.
Ressourcenausgleich	19.9	18.7	+1.2
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	-0.3	-1.4	+1.1
Entn.(-) / Einl.(+) Vorfinanzierung	-	-	-
Abschreibungen ord. (ohne SF)	7.1	6.5	+0.6
Abschreibungen zus. (ohne SF)	-	-	-
Investitionen VV (netto ohne SF)	7.3	9.0	-1.7
Cashflow = Selbstfinanzierung	6.7	5.0	+1.7
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	92%	56%	+36%



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragsschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Résumé:

- Mehrerträge (3.4 Mio.) übertreffen Mehraufwände (2.3 Mio.) zwar um 1.1 Mio., jedoch ist dies vor allem ein Resultat des höheren Ressourcenausgleiches (1.2 Mio.).
- Sparpaket: 2017: Zahlen analog Massnahmenkatalog eingeflossen (auch im IAFP). Im VA2015 mit rund 0.5 Mio. Umsetzung dieses Beschlusses unumgänglich, um Tendenz mittelfristig in andere Richtung zu beeinflussen.
- Cashflow = Selbstfinanzierung (selbst erarbeitete liquide Mittel) mit 6.7 Mio. (ca. 6.4% des Totalaufwandes) noch immer leicht unter Zielband (jährlich 7 – 10 Mio.), jedoch ausreichender Selbstfinanzierungsgrad aufgrund gedrosselter Investitionen 2015.
- Verwaltung und Stadtrat beweisen Sparwillen und sind an der Arbeit: Sparpaket'17 (laufende Rechnung) aufgelegt und Investitionen (Verschuldung) weiter reduziert.
- Sparpaket 2017/4 entlastet VA2015 um 0.5 Mio. Zudem Investitionen reduziert: Erstmals kein Schuldenwachstum bis 2020 nach IAFP 70% Szenario (trotz SH Hagen).
- Stadtrat Kürzungsanträge von 0.2 – 0.25 Mio. -> Prozess besteht und wird eingehalten: Kick-Off: Frühling, SR-Diskussion: Sept/Okt, Debatte RPK/Fraktion/GGR: Nov/Dez.
- 0.20 – 0.25 Mio. = 2 Promille des Budgets (also 20.- auf ein Budget von 10'000.-).
- Rechnung vergangener Jahre besser als Budget: +7.9 Mio (2009), +3.6 Mio (2010), +1.4 Mio (2011), -2.4 Mio (2012 ohne BVK Rückst +1.2 Mio), +1.0 Mio (2013).
- „Verluste“ der Jahre 2011 – 2013 sind ohne Einlagen VF (4.7 Mio Sportzentrum, 3.5 Mio SH Hagen) sowie BVK Rückstellung (3.6 Mio) „Gewinne“.
- Sowohl die Eingemeindung von Kyburg als auch die Erweiterung der Schulanlage sind für die städtischen Finanzen verkraftbar; der Zusammenschluss mit der Gemeinde Kyburg kann nahezu budgetneutral erfolgen; der Erweiterungsbau zur Schulanlage Hagen geht einher mit der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung.

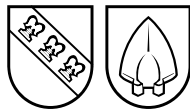
Die Ratspräsidentin stellt fest, dass unter den Ratsmitgliedern einzelne Bedürfnisse bestehen, sich vor dem Eintretensbeschluss nochmals an den Rat zu richten.

2.5 REPLIK MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES 2.5.1 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, könne das so nicht gelten lassen.

Erheiterung im Saal.

Obschon der Finanzvorstand vielleicht über bessere rhetorische Fähigkeiten verfüge als Gemeinderat Zimmermann selbst, so könne er die stadträtlichen Darlegungen dennoch nicht unwidersprochen lassen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Die Aussage von Hans Zimmermann zum Steuerertrag der juristischen Personen bezog sich auf das Faktum, dass jene in den vergangenen sechs Jahren zwischen Fr. 3 Mio. und Fr. 3.3 Mio. an Steuerabgaben entrichtet haben. Das liesse sich nun mal nicht schön reden.

2.5.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP/JLIE

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE, gratuliert Philipp Wespi zu dessen rhetorischer Leistung; besser hätte sich der Stadtrat die Vertretung seines Voranschlages nicht wünschen können.

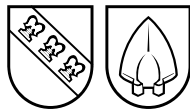
Gemeinderat Käppeli versteht nicht, weshalb der Stadtrat immer noch Defizite budgetiere, wenn er der Meinung sei, dass seine Sparbemühungen bereits ausreichen; folglich müssten Ertragsüberschüsse zu Buche schlagen.

Weshalb könne der Stadtrat nicht bereits eine schwarze Null zusichern, wenn er dies implizit bereits aufzeige?

Gemeinderat Käppeli ermuntert den Rat erneut, den Kommissionsanträgen Wohlwollen zu beschenken und bittet um deren Unterstützung.

3 ABSTIMMUNG ÜBER EINTRETEN

Die Ratspräsidentin fragt den Grossen Gemeinderat an, ob nach der gewalteten Eintretensdebatte die weitere Behandlung des Geschäftes bestritten sei. Die Ratspräsidentin stellt fest, dass das Gremium ohne Gegenvotum auf das Geschäft mit Einstimmigkeit eintritt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

4 BERATUNG DER KÜRZUNGSANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION LAUFENDE RECHNUNG

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Ordnungsantrages, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der durch die Rechnungsprüfungskommission gestellten Kürzungsanträge vorsieht, leitet die Ratspräsidentin die entsprechende Detailberatung ein.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES **150 – ZENTRALE VERWALTUNG**

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
150.3110.00	Anschaffung Büromobiliar/Maschinen	Fr. 25'000.–	Fr. 20'000.–	Lediglich das Notwendigste anschaffen.

Zum Gesamtposten von Fr. 45'000.- befragt, berichtet der Stadtrat der Rechnungsprüfungskommission, wonach sich diese Kosten aus einer pauschalen Annahme zusammensetzen. Unter Weiterem sind die Einrichtung zweier Arbeitsplätze und der laufende Ersatz des üblichen Mobiliars (Bürodrehstühle, Fahnenersatz) unter dieser Position zusammengefasst. Unter Berücksichtigung der Tatsache, wonach sich die Zahl der Arbeitsplätze mit der Auslagerung des Informatikdienstes reduzieren wird, erachtet die Rechnungsprüfungskommission einen Betrag von Fr. 20'000.- nach wie vor als angemessen.

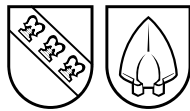
4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Namens des Stadtrates nimmt *Stadtpräsident Ueli Müller, SP*, Stellung. Er erklärt die angedachte Zusammensetzung des fraglichen Budgetpostens. Der eingestellte Wert basiert auf Erfahrungswerten und den in den vergangenen Jahren tatsächlich für Büromobiliar aufgewendeten Beträgen.

Pro Jahr sind im Querschnitt ungefähr zwei Arbeitsplätze der laufenden Erneuerung unterworfen; der Stadtrat verteidigt die dafür eingestellten Gelder, da er es als wichtig erachtet, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zeitgemässer Arbeitsmittel bedienen können sollten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

4.4 NACHTRÄGLICHE VOTEN MITGLIEDER GROSSER GEMEINDERAT 4.4.1 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP/JUSO

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP/JUSO, erachtet den eingebrachten Sparvorschlag als kleinlich. Des Stadtrates Aufgabe sei, die strategischen Leitplanken zur Weiterentwicklung der Stadt Illnau-Effretikon zu definieren. Eindeutig nicht zur Aufgabe des Exekutivgremiums zähle es, die Portokasse und das städtische Inventar an Büromobiliar zu verwalten. Man möge eine gewisse Weitsicht walten lassen.

Ratspräsidentin Röögli weist darauf hin, dass nach den jeweiligen stadträtlichen Wortmeldungen im Ablauf keine Voten des Rates mehr erwünscht sind. Entsprechende Verlautbarungen des Plenums sind vorher an den Rat zu richten.

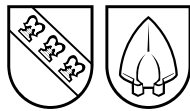
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	STIMMENVERHÄLTNIS	OBSIEGENDER ANTRAG
150.3110.00	Anschaffung Büro- mobiliar/Maschinen	Fr. 25'000.–	Fr. 20'000.–	27 : 6	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

163 – ZENTRALER PERSONALDIENST

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
163.3010.10	Beförderungen un Lohnmassnahmer	Fr. 85'000.–	Fr. 90'000.–	Dem städtischen Personal sollen weiterhin attraktive Arbeitsbedingungen geboten werden. Neben den qualitativen Faktoren (Arbeitsinhalte, Betriebskultur, Entwicklungsmöglichkeiten etc.) zählt dazu auch ein vertretbarer Beitrag für Beförderungen, Lohnmassnahmen und Einmalzulagen. Mit 90'000 Budget (Empfehlung: 75'000 Lohnmassnahmen, 15'000 Einmalzulagen) besteht für den Stadtrat ausreichend Spielraum für Beförderungen und (Real-) Lohnerhöhungen.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

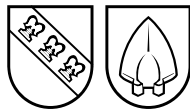
4.2.1 GEMEINDERAT FABIAN MOLINA, SP/JUSO

Bei *Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO*, rufen die Verlautbarungen des Kommissionspräsidenten, wonach der gestellte Kürzungsantrag von Fr. 90'000.– sozialverträglich sein solle, Erstaunen und Unverständnis aus.

Die SP/JUSO-Fraktion habe ursprünglich Bereitschaft signalisiert, die Kröte im Rahmen des viel zitierten Kompromisses zu schlucken; der Kompromiss sei aber bekanntlich am SVP-Ordnungsantrag zur Beratungsreihenfolge gescheitert, sodann sehe sich die SP/JUSO-Fraktion auch nicht mehr in der Pflicht, sich an die überparteiliche Übereinkunft zu halten.

Die Fraktion erachtet es als wichtig, dass die Stadt Illnau-Effretikon weiterhin attraktive Konditionen als Arbeitgeberin bereit stellen könne, ansonsten es für sie schwierig wird, mit anderen Gemeinden und Städten mitzuhalten und so gut qualifiziertes Personal zu beschäftigen.

Die Fraktion lehnt den Antrag entschieden ab.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

4.2.2 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

Gemeinderat André Büecheler, SVP, möchte korrigieren, wonach der eingangs der Sitzung gestellte Ordnungsantrag zur Änderung der Beratungsreihenfolge nicht von der SVP-Fraktion, sondern von ihm persönlich, in der Funktion als Ratsmitglied, gestellt wurde.

Sodann habe sich der Inhalt des Antrages auch nicht auf den Inhalt des RPK-Kompromisses bezogen, sondern lediglich auf die Steigerung der Effizienz des Ratsbetriebes und damit auf die Länge bzw. Verkürzung der Budgetdebatte eingewirkt.

Büecheler bittet, bei den Fakten zu bleiben und sich nicht der Interpretation zu bedienen.

4.2.3 GEMEINDERAT FABIAN MOLINA, SP/JUSO

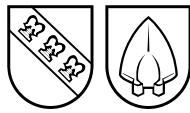
Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO, hält dem Votum von Vorredner Büecheler entgegen, wonach die Fraktion nicht die Katz' im Sack kaufen wolle. Der ausgehandelte Kompromiss war fraktionsintern umkämpft und enthalte einschneidende Massnahmen. Mit dem nun angewandten Beratungsverfahren bestehe keine Gewähr darüber, wonach der Rat nach Beratung bzw. Beschluss der vorgeschlagenen Kürzungsanträge in der nachfolgenden Debatte noch diverse Einzelkürzungsanträge anmelden und gutheissen wird. Das übliche - und ursprünglich vorgesehene - Beratungsverfahren hätte keine Hand für diese mögliche Schlaufe geboten und wäre für die Beschlussfassung über die Kompromissanträge die korrekte Diskussionsform gewesen.

4.2.4 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP/JUSO

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP/JUSO, verweist auf die bisherige Usanz, wonach der Stadtrat bislang pro Jahr alternierend jeweils 1 % bzw. 0.5 % der gesamten Lohnsumme für Beförderungen und Lohnmassnahmen eingesetzt habe. Die SP/JUSO-Fraktion habe im Rahmen des Kompromisses Hand dafür geboten, in diesem Jahr erneut 0.5 % vorzusehen - und damit vom bisher umgesetzten Rhythmus abzuweichen; jedoch nur unter der Voraussetzung, dass im Folgejahr dieser Hinketakt zu Gunsten der Wiederaufnahme der bisherigen Regel wieder aufgegeben wird. Dannzumal wären für die entsprechenden Massnahmen wieder 1 % der Lohnsumme einzusetzen.

4.2.5 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP/JLIE

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE, sei die stadträtliche Usanz zur Ausrichtung von Beförderungen und Lohnmassnahmen durchaus bekannt. Der Durchschnittsvergleich über die letzten drei Jahre zeige aber auch, dass Fr. 90'000.- für entsprechende Wertschätzungen ausreichen mögen und dem Personal so weiterhin auch eine Realloohnerhöhung ausgerichtet werden könne, ziehe man insbesondere das Faktum der stagnierenden Teuerung hinzu. Das sei Michael Käppeli besonders wichtig zu betonen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

4.2.6 GEMEINDERAT HERBERT KEMPF, SVP

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, gibt zu Bedenken, dass auch die mit Änderung der städtischen Personalverordnung zusätzlich gewährte Ferienwoche ebenso zu berücksichtigen, zu estimieren und in die Überlegungen miteinzubeziehen sei. Das entspreche nochmals 2 % an Lohnerhöhungen und sei in die Berechnungen zu inkludieren.

4.2.7 GEMEINDERAT DAVID GAVIN, SP/JUSO

Gemeinderat David Gavin, SP/JUSO, hatte Gelegenheit, im letzten Jahr erstmals eine Budgetdebatte zu verfolgen, welche damals für sein Befinden zügig und gleitig von statten ging; offenbar zeige sich das Plenum heute eher bereit, ein Hick-Hack vom Stapel laufen zu lassen.

Würde die andere Ratshälfte an dieser Stelle eine Zusicherung abgeben, wonach sie nicht noch zahlreiche Einzelanträge im weiteren Verlauf einbringen werde, so könnten sich die Gemüter in den fraktionseigenen Reihen allenfalls etwas beruhigen.

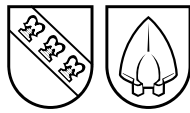
4.2.8 GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, ist seines Zeichens selbst seit vielen Jahren im öffentlichen Dienst berufstätig. Wiederholt musste er erleben, dass die politische Ebene den öffentlich Bediensteten den Lohn kürzte.

Der vorliegende Antrag drücke hingegen in einem positiven Wesen aus, dass jene Mitarbeitende, die sich aufgrund ihrer ausserordentlich guten Leistung besonders verdient gemacht haben, allenfalls in den Genuss einer finanziellen Wertschätzung kommen.

Blödsinnig sei es, wenn der gesamte Personalbestand im Sinne des Giesskannenprinzips mit einer Lohnaufbesserung bedacht werde; unabhängig davon, ob es jede/r einzelne Angestellte/r aufgrund ihrer/seiner Leistung auch wirklich verdient hat.

Nicht, dass Paul Rohner dies unterstützen würde, aber andere Institutionen bedienen sich in vergleichbaren Lagen der Streichung des 13. Monatslohnes; so solle man sich glücklich schätzen, dass dieser nach wie vor ausgerichtet werde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, richtet sich an den Rat und möchte eine Lanze für das städtische Personal brechen.

Die salbungsvollen Worte des Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission vermögen nicht zu überzeugen. Letztlich komme der vorgeschlagene Kürzungsantrag einem nicht minder konkreten Abstrich gleich. Es sei verhänglich, wenn der Kürzungsantrag sodann auch noch als besonders positive Nachricht verkauft werde. Die präsidialen, in gute Worte gekleideten, Wohlklänge seien nicht ehrlich. Man möge doch wenigstens dazu zu stehen, wenn man dem städtischen Personal etwas „abschneiden“ wolle.

Die Stadt will ihrem Personal weiterhin gute und attraktive Konditionen bieten können, nicht zuletzt deshalb, da die städtischen Angestellten dies für ihre wertvolle Arbeit auch verdienen.

Der Stadtrat möchte, auch als Zeichen der Wertschätzung den Mitarbeitenden gegenüber, an der bisher erfolgreich angewandten Usanz, wonach alternierend jeweils 0.5 % bzw. 1 % der Bruttolohnsumme für Salärerhöhungen vorgesehen sind, festhalten. Weiche man von diesem Kurs nun ab, sei der Grosse Gemeinderat im Stand, anlässlich der nächsten Budgetdebatte zu behaupten, dass die Kürzung im vergangenen Jahr goutiert wurde und dies nun fortan dem neuen Standard entsprechen soll.

Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin in der Stadtverwaltung zu halten, während für Vakanzen ebenso gut ausgebildetes Personal gewonnen werden soll, um mit attraktiven Anstellungsbedingungen entsprechende Lücken zu schliessen.

Gutes Personal sei Gold wert. Es erlaube dem Stadtrat, langfristig Kosten zu sparen, indem Leistungen nicht extern einzukaufen sind, sondern er sich auf wertvolles Know-how innerhalb der Verwaltung abstützen könne.

Das Personal weiss um die heutige Debatte und würde eine entsprechende Kürzung nicht positiv zu würdigen wissen. Zudem seien der Belegschaft auch die Haltungen der Mitglieder des Grossen Gemeinderates bekannt.

Stadtpräsident Müller bittet, dem gestellten Kürzungsantrag nicht statt zu geben.

Ratspräsidentin Brigitte Rööfli unterbindet unter Hinweis der entsprechenden Bestimmung der gemeinderätlichen Geschäftsordnung eine Beifallsbekundung, die von der Zuschauertribüne her zu vernehmen ist.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

4.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
163.3010.10	Beförderungen und Lohnmass- nahmen	Fr. 85'000.–	Fr. 90'000.–	27 : 6	RPK

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
420.3114.00	Anschaffung von Mobilen	Fr. 70'000.–	Fr. 0.–	Die Rössli-Stühle, die ersetzt werden sollen, wurden nach Auskunft Stadtrat im Jahre 2006 für 50'000 beschafft. Diese Stühle bereits nach 8 Jahren wieder ersetzen (150 neue Stühle), ist kaum nachhaltig. Zudem würde dies wohl in der aktuell angespannten Finanzsituation Fragen aufwerfen. Allfällige defekte Stühle über Unterhaltsbudget reparieren

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, erklärt namens des zuständigen Ressorts Hochbau die Ausgangslage und betont, wonach die Stadt deren Liegenschaften nicht bloss zum Selbstzweck unterhalte; die Stadt stelle an verschiedenen Örtlichkeiten der Allgemeinheit Infrastruktur zur Verfügung, die auch von entsprechender Qualität sein will. Insofern sei auch der korrekten Wartung und dem Unterhalt städtischer Wertanlagen die notwendige Wichtigkeit beizumessen.

Anhand einer in den Saal projizierten Fotografie illustriert Stadtrat Fürst den maroden Zustand besagter Stühle im Restaurant Rössli und weist daraufhin, dass die Stadt - sowie auch das mit der Pacht be-
traute Wirtepaar – ihren guten Ruf zu verlieren hätten; insbesondere dann, wenn die bruchfälligen Stühle dereinst zu unschönen Unfällen führen würden.

Die Stadt könne sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Die Ersatzbeschaffung dulde keinen Aufschub mehr, zumal die behelfsmässigen Reparaturen an den Stühlen ihren Zweck nicht mehr zu erfüllen vermögen.

Stadtrat Fürst bittet inständig, von der beantragten Kürzung abzusehen.

4.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.3114.00	Anschaffung von Mobilien	Fr. 70'000.–	Fr. 0.–	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum	Fr. 80'000.–	Fr. 20'000.–	Bei einem so neuen Gebäude sollten zum Werterhalt 0.3 % der Versicherungssumme der GVZ ausreichen (=120'000; die ersten 100'000 durch AZB).

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, erklärt namens des zuständigen Ressorts Hochbau die Ausgangslage. Auch hier präsentiert sich die Sache in ähnlichem Licht. Die Stadt werde nicht Unterhalt betreiben, der nicht notwendig scheint. Hingegen sei anzumerken, dass der 365-Tage-24-Stunden-Betrieb des Alterszentrums selbstverständlich Spuren und Abnutzung an den Einrichtungen hinterlässt, auch wenn es sich dabei um ein neueres Gebäude handle.

Stadtrat Fürst ersucht den Rat, die Kürzung nicht zu vollziehen; die Stadt sei zur Erbringung des notwendigen Gebäudeunterhalts auf den Budgetposten angewiesen, ob das Legislativorgan diesen nun bewillige oder nicht.

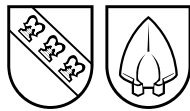
4.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum	Fr. 80'000.–	Fr. 20'000.–	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

SPEZIALFINANZIERUNG

KONTOGRUPPE 700 GESUNDHEIT

712 – ENTSORGUNG

4.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
712.3100.00	Drucksachen	Fr. 17'200.–	Fr. 30'000.–	Neugestaltung des Abfallkalenders fusst auf keinem Beschluss des Stadtrates, sondern auf einem Wunsch des Ressortvorstandes. Angesichts Finanzlage keine Mehrkosten aufgrund allfälliger Neugestaltung Abfallkalender. Gleiches Budget wie 2014 (was immer noch fast doppelt so hoch ist wie effektive Kosten Rechnung 2013).

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, weist darauf hin, dass die Aufwendungen für den Druck des Abfallkalenders über die per Gesetz definierten spezialfinanzierten Bereiche abzurechnen sind und somit das übrige städtische Budget nicht belasten.

Zudem sei zu bemerken, dass aufgrund zeitlich verschobener Phasenvarianzen hinsichtlich buchhalterischer und zeitlicher Abgrenzung der von der Rechnungsprüfungskommission angestellte Jahresvergleich nicht statthaft sei. Die Rechnungsprüfungskommission suggeriere damit, dass sich die Erstellungskosten (bestehend aus Layout- und Druckkosten) des Kalenders erhöht hätten. Im Jahre 2014 wurde der entsprechende Budgetposten stärker als im Jahre zuvor (2013) belastet, da dannzumal die Layoutkosten noch im Geschäftsjahr 2012 verbucht werden konnten. Hingegen umfassen die Ausgaben im Jahr 2014 sowohl Layout- als auch Druckkosten. In der Gesamtbetrachtung ist somit festzuhalten, dass der Kalender 2014 nicht teurer als sein Jahresvorgänger zu Buche schlägt.

Stadtrat Ottiger schlüsselt anhand einer visuellen Projektion, die sich im Anhang zu diesem Protokoll findet, die detaillierten Gesamtkosten auf.

Ziel der Stadt ist es, das Druckerzeugnis in seiner physischen Ausfertigung zu redimensionieren, da die Herstellung des bisherigen – zwar praktischen, aber schwierig umzusetzenden – Griffregisters zu unverhältnismässig hohen Kosten führt und die notwendige Qualität (aufgrund der Komplexität des dafür entsprechend nötigen Schnitt- und Druckverfahrens) nicht mit adäquaten finanziellen Aufwendungen bewerkstelligt werden kann. Mit der Neukonzeption (umfassend auch Einsparungen bei Layout und



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Druck) will das Ressort Gesundheit ab 2016 jährlich Fr. 16'000.- bei der Produktion der Informations-schrift einsparen.

4.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
712.3100.00	Drucksachen	Fr. 17'200.-	Fr. 30'000.-	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

5 BERATUNG DER KÜRZUNGSANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION INVESTITIONSRECHNUNG

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

400 - PLANUNGEN

5.1 ANTRAG DER RPK

Da nun vorgezogenerweise – im Sinne des umzusetzenden Ordnungsantrages – bereits Bestandteile der Investitionsrechnung behandelt werden, ist es Kommissionspräsident Käppeli ein wichtiges Anliegen mitzuteilen, wonach die Rechnungsprüfungskommission als evident wichtig erachtet, die Standortattraktivität der Stadt Illnau-Effretikon aufrechtzuerhalten und diese zu pflegen. Aus Respekt gegenüber den Folgegenerationen erachtet es die vorberatende Kommission als statthaft, den Finanzhaushalt über die Laufende Rechnung zu entlasten und Investitionen dann zu tätigen, wenn sie anstehen. Insbesondere muss dort zum gegebenen Zeitpunkt auch zwischen Notwendigem und Wünschbarem unterschieden werden.

Der Voranschlag 2015 umfasse eine Reihe solcher notwendiger Massnahmen, die keinen Aufschub mehr dulden. Die Rechnungsprüfungskommission möchte bewusst auch den Fokus auf jene Projekte legen, die mit dem Voranschlag nach wie vor realisiert werden können und dankt dem Stadtrat für die zahlreichen Hinweise und Informationen, die dem vorberatenden Gremium die Bewertung der Sparanträge vereinfachte. Kommissionspräsident Käppeli zählt sodann einige der umzusetzenden Projekte auf. Es sind dies: Werterhaltung der Gemeindestrassen, Sanierung Versickerungsbecken Nauen/Schoren, Aufwertung der Entsorgungsanlagen (beispielsweise soll als Letzte auch noch die Unterflursammelstelle in Ottikon realisiert werden; in Wahrung des Gebotes zur Gleichbehandlung gegenüber allen anderen Stadtteilen, hätten auch die Ottikerinnen und Ottiker Anrecht auf eine zeitgemässe Form der Abfallbeseitigung), Vornahme der Brandschutzmassnahmen in der Turnhalle Eselriet, Sanierung und Arealentwicklung Sagiweiher).

Der Stadtrat möge aber davon absehen, Projekte in den Voranschlag aufzunehmen, die einem Wunschbedarf – so hat er sie selbst im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP deklariert – entsprechen.

Zu den konkreten Anträgen:

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
400.5810.41	Neuplanung Zentrum Dorfplatz Unter-Illnau	Fr. 50'000.–	Fr. 0.–	Gemäss Stadtrat wurde dieser Betrag lediglich eingestellt, damit nicht ohne vorhandenes Budget gearbeitet werden kann. Erst wenn der rechtskräftige Entscheid zur Inventarentlassung vorliegt, kann die Planung fortgesetzt werden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, klärt den Rat darüber auf, dass es zur Prozessführung der sich – in Verbindung mit diesem Geschäft – abzeichnenden Rechtsstreitigkeiten gewisser finanzieller Mittel bedarf. Es wäre nicht redlich, hierfür keine Gelder im Voranschlag einzustellen.

Gemeinderat Käppeli, FDP/JLIE, sieht sich gezwungen, zwischenrufend festzustellen, dass Rechtsberatungshonorare gemäss allgemeiner Auffassung und Lehre zur Rechnungslegung wohl nicht unter Investitionskosten zu subsumieren sind.

5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
400.5810.41	Neuplanung Zentrum Dorfplatz Unter-Illnau	Fr. 50'000.–	Fr. 0.–	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 - VERWALTUNGSLIEGENSCHAFTEN

5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
420.5031.18	Stadthaus, diverse Büroumbau- ten	Fr. 70'000.–	Fr. 30'000.–	In den letzten Jahren wurden bereits viele Umbauten vorgenommen. Anerkannt wird, dass 2015 der Umbau (Neueinrichtung) des Stadt- büros eine gewisse Investi- tion erforderlich macht.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, verwehrt sich gegen Gedankengänge, wonach die Stadt bloss zu ihrem Selbstzweck und Vergnügen unnötige Umbauten im Verwaltungsgebäude vornehme. Aufgrund von Optimierungen und Umstrukturieren seien hin und wieder bauliche Anpassungen an der Gebäudestruktur vorzunehmen.

Stadtrat Fürst ersucht das Plenum, diesem Kürzungsantrag nicht stattzugeben.

5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.5031.18	Stadthaus, diverse Büroumbau- ten	Fr. 70'000.–	Fr. 30'000.–	Grossmehrheitliche Unterstützung	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 - VERWALTUNGSLIEGENSCHAFTEN

5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
420.5031.31	Restaurant Rössli, Energeti- sche Massnah- men	Fr. 900'000.–	Fr. 0.–	Gemäss GGR-Beschluss 6.11.14

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER STADTRAT ZUM ANTRAG DER RPK

In Anbetracht des lediglichen Nachvollzuges der Aktualität, der offensichtlichen Eindeutigkeit und der Gewährleistung der korrekten Abbildung im Voranschlag, ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

Stadtrat Fürst verzichtet auf weitere Erläuterungen.

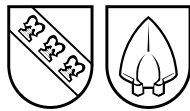
5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.5031.31	Restaurant Rössli, Energetische Massnahmen	Fr. 900'000.–	Fr. 0.–	Einstimmige Unterstützung.	RPK



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 - VERWALTUNGSLIEGENSCHAFTEN

5.1 ANTRAG DER RPK

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Michael Käppeli, FDP/JLIE, vertritt deren Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	BEGRÜNDUNG
420.5031.62	Dorfplatz Ottikon und Volgladen [RPK-Empfehlung: Verschiebung der Position zu Ressort Tiefbau; damit ver- bunden 500er-Konto- Nr.]	Fr. 50'000.-	Fr. 50'000.-	Stadtrat bezeichnet Erneue- rung in seiner Antragsschrift als Wunschbedarf. Realisie- rung widerspräche seiner eigenen Investitionsstrate- gie/-politik. Es soll lediglich Strassen- /Platz-sanierung durch Tiefbau erfolgen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

*Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, illustriert die gegebene örtliche Situation anhand von diversen in den Saal projizierten Fotografien. Tatsächlich befindet sich der Platz- und Strassenbelag in bedenklichem Zu-
stand, weshalb das Ressort Tiefbau eine entsprechende Sanierung im Sinne der Werterhaltung, und
das Ressort Hochbau im gleichen Zug – um sich mit Vorteil des Synergieeffektes zu bedienen – eine
Umgestaltungsvorlage vorsehen. Ferner sollen gleichzeitig die Entsorgungsanlagen (Unterflurkehr-
richt-sammelstellen) erneuert werden. Die Stadt wollte im Sinne eines Beitrages zur lebendigen Dorfkultur
dem Platz mehr Raum geben; die Platzgestaltung wäre so angelegt worden, dass sie zum Verweilen
hätte einladen sollen. Um dieser wichtigen Funktion nachzukommen, hätte sich die Verlegung des
Dorfbrunnens unausweichlich aufgedrängt. Derzeit sind zwei Rekurse hängig, welche die städtebauli-
che Auslegung und die Eingliederung in das Ortsbild angreifen.*

Die nun durch die Rechnungsprüfungskommission beantragten Fr. 50'000.- reichen nicht aus, um eine
ansprechende Platzgestaltung zu realisieren. Das, was dadurch ermöglicht wird, ist ein einfacher Platz,
welcher der immerhin grössten Aussenwacht nicht würdig scheint.

Stadtrat Fürst ersucht das Plenum des Parlamentes, den Beitrag keiner Schmälerei zu unterziehen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

5.4 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

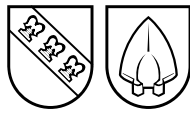
– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	KÜRZUNG	NEUER BETRAG	RESULTAT	OBSIEGENDER ANTRAG
420.5031.62	Dorfplatz Ottikon und Volgladen [RPK-Empfehlung: Verschiebung der Position zu Ressort Tiefbau; damit ver- bunden 500er-Konto- Nr.]	Fr. 50'000.–	Fr. 50'000.–	25 : 7, bei einer Enthaltung	RPK

Die Ratspräsidentin macht beliebt, die Sitzung an dieser Stelle durch eine Pause zu unterbrechen, was auch im Sinne der in der gemeinderätlichen Geschäftsordnung festgehaltenen Bestimmung zur Durchführung von Doppelsitzungen empfohlen ist. Eine Abstimmung entfällt.

Die Verhandlungen werden um 20.45 Uhr für 20 Minuten (bis 21.05 Uhr) ausgesetzt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

6 BERATUNG DER LAUFENDEN RECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Ordnungsantrages, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Laufenden Rechnung durch das Plenum vorsieht, leitet die Ratspräsidentin die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu fragt sie sämtliche Kontogruppen und Seite für Seite des gedruckten Voranschlages ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES **166 – INFORMATIK**

6.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT PETER VOLLENWEIDER, BDP INFORMATIKDIENSTLEISTUNGEN

Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP, bringt einen eigenen Antrag ein.

Der Stadtrat sieht unter Position 166.3180.00, Dienstleistungen Dritter (NetData), im Zuge des Outsourcings der Informatikdienstleistungen den temporären Betrieb durch jene Firma vor, die aus den ehemaligen drei städtischen Mitarbeitern des Informatikdienstes hervorging. Die veranschlagten Kosten betragen Fr. 110'000.-. Ferner sind unter Position 166.3180.00, Dienstleistungen Dritter (Rechenzentrum), Fr. 300'000.- für Dienstleistungen des künftigen Rechenzentrums eingestellt.

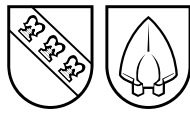
Der Stadtrat berichtete anlässlich einer im Oktober publizierten Medienmitteilung, wonach das Outsourcing und der künftige externe Betrieb kostenneutral erfolgen sollen.

Die eingestellten Fr. 110'000.- beziehen sich auf Entschädigungsleistungen für den Betrieb während einer Dauer von drei Monaten; mit einem mittleren Stundenansatz vermengt, ergibt dies ein Arbeitsvolumen von ca. 850 Stunden, was Gemeinderat Vollenweider enorm hoch einstuft.

Der diesbezügliche Betrag sei um mindestens die Hälfte zu kürzen.

Im Weiteren muten die Fr. 300'000.- als enorm teuer an, umso mehr wenn man sie proportional auf fünf Jahre hochrechne. Wie der Stadtrat zur Aussage gelange, den externen Betrieb der Informatiklösung kostenneutral zu vollführen, sei nicht nachvollziehbar.

Gemeinderat Vollenweider schliesst mit der Formulierung seines konkreten Antrages, wonach Position 166.3180.00, Dienstleistungen Dritter (NetData), um Fr. 50'000.- auf Fr. 60'000.- zu kürzen sei.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

6.1.1 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG VOLLENWEIDER

Stadtrat Ueli Müller, SP, bestätigt, dass die eingestellten Gelder auf einem Vertrag beruhen, der bezwecke, den städtischen Informatikdienst im externen Mandat durch die Firma NetData weiter zu betreiben, bis die komplette Migration ins neue Rechenzentrum abgeschlossen sei. Die Erfüllung des Vertrages sei Pflicht. Die Kostenneutralität sei gegeben; dies liesse sich im Übrigen auch aus dem Voranschlag ablesen. Der Kürzungsantrag sei daher abzulehnen.

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, ergänzt im Sinne einer zwischenzeitlichen Kurzinformation, dass die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Ratsdebatte – und im bisherigen Verlauf durch den Grossen Gemeinderat – beschlossenen Änderungen, zu einem Ertragsüberschuss von aktuell Fr. 18'800.- geführt haben. Stadtrat Wespi lässt stolz die eigens für die heutige Parlamentssitzung montierten roten Socken aufblitzen und rückt nun sinnbildlich seine schwarze Krawatte in den Mittelpunkt. Ein für die Stadt sehr symbolträchtiger Moment.

Ratspräsidentin Röögli, über dieses Intermezzo wenig erfreut, bittet, beim Thema zu bleiben, als Gemeinderat Michael Käppeli eine Frage zum Verständnis stellen will, die – wie er meint – erheblich über das Abstimmungsverhalten entscheiden könnte. Im Sinne der Geschäftsordnung wäre für die Anbringung von Fragen an besagter Diskussionsstelle kein Raum mehr. In der sich aufbauenden Formulierung einer sich entlockenden Bitte, ob dieser protokollarische Verstoss mit der Anbringung eines Ordnungsantrages geheilt werden kann, bittet Ratspräsidentin Röögli im Sinne eines pragmatischen Vorgehens, den Votanten ans Rednerpult – „so chum doch eifach fürä“.

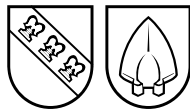
Erweiterung bemächtigt sich der Reihen des Plenarsaales.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, bedankt sich für die ausserordentliche Worterteilung und erkundigt sich, ob es sich um einen Rahmenvertrag mit Kostendach handle oder ob besagter Vertrag eine fixe Entschädigungsverpflichtung umfasse. Bei letzterem sei es tatsächlich wohl kaum statthaft, wenn das Parlament hier eine widerrechtliche Kürzung beschliesse, die gar nicht umgesetzt werden könne. Hingegen könnte Käppeli einen Kürzungsantrag bei einer mit Kostendach ausgestalteten Abrede durchaus nachvollziehen.

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, in Unkenntnis der genauen Gegebenheiten, ermächtigt den Stadtschreiber, Peter Wettstein, zum Rat zu sprechen.

Stadtschreiber Peter Wettstein informiert, wonach die Stadt mit der beauftragten NetData einen Vertrag, umfassend eine Monatspauschale von Fr. 35'000.-, geschlossen hat.

Die Leistung werde nach wie vor im Hause erbracht, weshalb sich die Frage nach der Präsenz erübrige. Die Stadt ist überzeugt, dass diese Lösung deutlich kostengünstiger abschneide, als wenn sich



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

im Gegenzug der neue städtische Informatikmitarbeiter hätte in die alte Informatikstruktur einarbeiten müssen, um sich knapp drei Monate mit einer komplett neuen Umgebung konfrontiert zu sehen.

Im Sinn einer Ergänzung sei erwähnt, dass im Betrag von Fr. 300'000.- (im nächsten Jahr Fr. 400'000.-) das gesamte Leasing der Hardware inbegriffen sei.

6.1.2 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG VOLLENWEIDER INFORMATIKDIENSTLEISTUNGEN

DER GROSSE GEMEINDERAT

– bezugnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Peter Vollenweider betreffend Kto. Nr. 166.3180.00

BESCHLIESST:

1. Der Kürzungsantrag von Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP, die unter Position 166.3180.00, Dienstleistungen Dritter (NetData), von Fr. 110'000.-, um Fr. 50'000.- auf Fr. 60'000.- zu reduzieren, wird mit grossem Mehr abgelehnt.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES

185 – WIRTSCHAFT ENTWICKLUNG

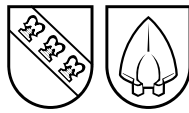
6.2 EINZELANTRAG GEMEINDERAT HANS-JÜRG GEHRI, BDP PARTNERSCHAFTEN INLAND

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, bringt einen Antrag ein.

Der Stadtrat sieht unter Position 185.3640.00, Partnerschaften Inland, einen Betrag von Fr. 70'000.- zu Gunsten der Partnergemeinde Arvigo-Landarenca GR vor. Die Partnerschaft besteht bereits seit 42 Jahren und seit nunmehr 10 Jahren unterstützt die Stadt die Bündner-Berggemeinde mit namhaften Geld- und Personalleistungen.

Bislang erachtete Gemeinderat Gehri diese karikative partnerschaftliche Betätigung als eine gute Sache. Allerdings schiesse der Kanton Graubünden derzeit im Rahmen der anstehenden Fusionsprozesse hohe Überbrückungsgelder und Ausgleichszahlungen zum Wohle der betroffenen Gemeinden ein, so dass ein Beitrag aus der Stadt Illnau-Effretikon nicht mehr vonnöten sei. Komme hinzu, dass auch der Kanton Zürich dem Staat Graubünden im Rahmen des interkantonalen Finanzausgleiches einen zweistelligen Millionenbeitrag entrichte.

Gemeinderat Gehri macht deshalb beliebt, die dargelegte Budgetposition von Fr. 70'000.- um Fr. 30'000.- auf Fr. 40'000.- zu reduzieren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

6.2.1 WEITERE RATSMITGLIEDER ZUM ANTRAG GEHRI 6.2.1.1 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP/JLIE

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, erachtet den gestellten Antrag grundsätzlich als unterstützenswert, meint aber, dass die Budgetdebatte wohl der falsche Moment in der zeitlichen Abfolge sei, dieses Ansinnen einzubringen und umzusetzen. Das gesamte städtische Unterstützungswesen solle daher gewinnbringend anlässlich der Einreichung eines separaten parlamentarischen Vorstosses einer Neubeurteilung zugeführt werden.

6.2.1.2 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG GEHRI

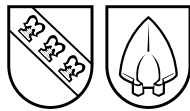
Stadtpräsident Ueli Müller, SP, als zuständiger Ressortvorstand, gibt zu bedenken, dass der Stadtrat in Eigenregie im Rahmen des laufenden Sparpaketes bereits Kürzungen in den Unterstützungsbudgets beschlossen habe – auch wenn dem Stadtoberhaupt der diesbezügliche Entscheid nicht leicht gefallen sei.

Bereits im Voranschlag 2015 enthalten sei die Kürzung von Fr. 15'000.- der Unterstützungsleistung zu Handen der Partnerstadt Orlovà in Tschechien. Das stadträtliche Sparpaket sehe sodann vor, ab Budgetjahr 2016 jeweils Fr. 15'000.- zu Lasten der Unterstützungsprojekte in der Dritten Welt und zu Ungunsten der Gemeinde Arvigo-Landarenca GR einzusparen.

Da die Gemeinden ihre Budgets bereits erstellt hätten und in gewisser Weise mit den Geldern aus Illnau-Effretikon rechnen, wäre der Zeitpunkt nun vermessen, eine kurzfristige Änderung in der langjährigen Unterstützungstradition vorzunehmen. Die diesbezüglich Geschichte reiche auf einen Beschluss des Legislativorgans aus dem Jahre 1972 der damaligen Gemeinde Illnau zurück. Das Kollektiv der einstigen Gemeindeversammlung, von welcher das heutige Parlament die rechtsnachfolgende Körperschaft bezeichnet, bestimmte, wonach maximal ein Steuerprozent für karitative Zwecke einzusetzen sei.

Aktuell entsprechen die gesamthaften derzeitigen Unterstützungsleistungen der Stadt 0.45 Steuerprozenten, was somit deutlich unter dieser definierten Schwelle liegt.

Der Stadtpräsident dankt für das Vertrauen, welches die Parlamentarier/innen in den Stadtrat setzen, wenn er seine Sparbemühungen im diesbezüglichen Bereich im Sparpaket moderat verfolgt und bittet, den vorliegenden Antrag nicht zu unterstützen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

6.2.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG GEHRI PARTNERSCHAFTEN INLAND

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehend auf den Antrag von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri betreffend Kto. Nr. 185.3640.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Kürzungsantrag von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, den unter Position 185.3640.00, Partnerschaften Inland, eingestellten Budgetposten von Fr. 70'000.-, um Fr. 30'000.- auf Fr. 40'000.- zu reduzieren, wird mit 18 : 11 Stimmen abgelehnt.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 200 FINANZEN

208 - ABSCHREIBUNGEN

6.3 ANMERKUNG BZW. ANTRAG GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP NACHVOLLZUG ABSCHREIBUNGEN

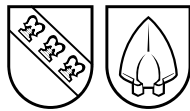
Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, weist darauf hin, dass sich zur Position 208.3310.00, Abschreibungen, in Nachvollzug der beschlossenen Änderungen nun buchhalterische Abweichungen ergeben.

Obschon formell nicht notwendig, lässt *die Ratspräsidentin* der Ordnung halber über die redaktionell ohnehin klare und unausweichliche Tatsache abstimmen, wonach sich dieser Budgetposten nun verändert. Der Stadtrat wünscht sich dazu nicht zu äussern.

Der Grosse Gemeinderat nimmt diese Abweichungen bzw. redaktionell und buchhalterisch abzubildenden Tatsachen grossmehrheitlich zur Kenntnis.

Die Ratspräsidentin fragt das Plenum nach weiteren Anträgen ab, als *Gemeinderat Käppeli* mittels Ordnungsantrag darum ersucht, auch die Seitenzahlen - und nicht lediglich die Kontengruppen – bei der Abfrage zu nennen.

Dem Ordnungsantrag wird mit grossem Mehr stattgegeben; die Ratspräsidentin sieht sich gezwungen, zum besseren Verständnis ab sofort auch die Seitenzahlen des gedruckten Voranschlags zu rezitieren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

- 6.4 ANTRAG GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP
MIETZINS ALTERSZENTRUM

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, macht beliebt, in Nachvollzug der Entwicklungen zur Position 420.4270.71, Mietzins Alterszentrum Dritte, die aktuelle Korrektur von Fr. +53'000.- abzubilden.

Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, erklärt namens des Ressorts Gesundheit, wonach der Prozess zur städtischen Budgeterstellung zeitlich nicht mit jenem Verfahren auf Seite des Alterszentrums synchronisiert sei und sich aufgrund des terminlichen Auseinanderfallens solche Differenzen ergeben können.

Der Grosse Gemeinderat stimmt der Korrektur mit grossem Mehr zu.

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 600 SOZIALES

632– INTEGRATIONSFÖRDERUNG

- 6.5 EINZELANTRAG GEMEINDERAT PAUL ROHNER, SVP
DEUTSCHKURSE

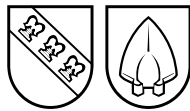
Gemeinderat Paul Rohner, SVP, empfiehlt, die Position unter 632.3180.10, Deutschkurse, um Fr. 26'000.- von gesamthaft Fr. 126'000.- auf neu Fr. 100'000.- zu kürzen.

Im Jahre 2013 waren unter selbiger Position noch Fr. 30'000.- budgetiert.

Die Zahl wirke – wie bei vielen anderen Budgetposten auch – willkürlich zusammengestellt und suggeriere, wonach hier absichtlich etwas mehr Luft eingebaut wurde, damit der Grosse Gemeinderat hier noch etwas an Kürzungen vornehmen könne.

Der Geschäftsbericht 2013 weise aus, dass in jenem Jahr etwa 264 Personen in den Genuss des Besuchs von Deutschkursen gekommen seien. Bei diesen Ansätzen würde sich Rohner auch gerne als Deutschlehrperson zur Verfügung stellen.

Rohner spricht sich zwar nicht generell gegen Deutschkurse aus, erachtet Fr. 100'000.- jedoch als genügend grosszügig und macht beliebt, die Kurse auch zu füllen und nicht bloss mit vier Personen (wie dem Jahresbericht ebenso entnommen werde könne) zu führen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

6.5.1 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG ROHNER DEUTSCHKURSE

Stadtrat Samuel Wüst, SP, warnt davor, die Zahlen der einzelnen Jahre gegeneinander aufzuwiegen, da sich die Situationen jeweils frappant schnell verändern können. Neu besteht eine Leistungsvereinbarung mit den kantonalen Stellen, welche es erlaube, in der Zahl mehr Deutschkurse durchzuführen. Man gebe zwar mehr aus, erhalte aber auch mehr Gelder zurückerstattet. Es entspräche einer Tatsache, wonach Integration etwas koste.

Stadtrat Wüst bittet das Plenum, den Kürzungsantrag nicht zu unterstützen.

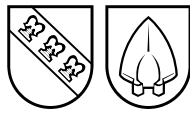
6.5.2 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG ROHNER DEUTSCHKURSE

DER GROSSE GEMEINDERAT

– bezugnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Paul Rohner betreffend Kto. Nr. 632.3180.10 –

BESCHLIESST:

1. Der Kürzungsantrag von Gemeinderat Paul Rohner, SVP, den unter Position 632.3180.10, Deutschkurse, eingestellten Budgetposten von Fr. 126'000.-, um Fr. 26'000.- auf Fr. 120'000.- zu reduzieren, wird mit 20 : 13 Stimmen abgelehnt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

LAUFENDE RECHNUNG

KONTOGRUPPE 900 JUGEND & SPORT

900– ABTEILUNG JUGEND & SPORT

6.6 ANFRAGE GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP/JLIE SPORTPROJEKTE

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE, erkundigt sich, wie es angehen könne, wonach der Stadtrat in seinem Sparpaket unter Massnahme Nr. 68 Fr. 10'000.- an Minderungsmassnahmen zum Projekt schweiz.bewegt vorsehe, diese Gelder dann aber dennoch zur Umsetzung im Voranschlag enthalten sind.

6.6.1 REPLIK DES STADTRATES

Stadtrat André Bättig, FDP, führt aus, wonach sich die Stadt in der Tat nicht mehr am Projekt schweiz.bewegt beteiligen wird, sie jedoch anderweitig immer wieder um Unterstützungsbeiträge angefragt wird, wenn Grossanlässe beispielsweise im Sportzentrum durchgeführt werden.

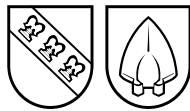
6.6.2 EINZELANTRAG GEMEINDERAT KÄPPELI SPORTPROJEKTE

In der Folge beantragt Gemeinderat Käppeli die komplette Streichung des entsprechenden Budgetpostens. Für solche Vorhaben könne der Stadtrat über die bereits bestehende Position „Vereinsunterstützungen“ verfügen und benötige hierzu nicht noch zusätzliche Möglichkeiten.

Die Ratspräsidentin insistiert auf die schriftliche Vorlage des Kürzungsantrages, während wertvolle Beratungszeit, welche für die Verschriftlichung desselben verwendet wird, vergeht. Die Ratspräsidentin nutzt die Gelegenheit, das Plenum entsprechend zu instruieren und es auf das korrekte Vorgehen zur Antragstellung hinzuweisen.

6.6.3 REPLIK STADTRAT BÄTTIG

Stadtrat Bättig weist darauf hin, dass die Kompetenz zur Ausrichtung von Vereinsunterstützungen dem Ressort Finanzen obliegt und mit Streichung dieser Budgetposition dem Ressort Jugend & Sport jegliche Eigenkompetenz und Handlungsspielraum genommen werde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

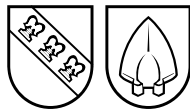
6.6.4 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG KÄPPELI SPORTPROJEKTE

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Michael Käppeli betreffend Kto. Nr. 900.3180.01 –

BESCHLIESST:

1. Der Kürzungsantrag von Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, den unter Position 900.3180.01, Sportprojekte, eingestellten Budgetposten von Fr.10'000.-, um Fr. 10'000.- auf Fr. 0.- zu reduzieren, wird mit 21 : 11 Stimmen gutgeheissen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

7 BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 800 SICHERHEIT

812 – STADTPOLIZEI

7.1 EINZELANTRAG GEMEINDERAT HERBERT KEMPF, SVP ERSATZBESCHAFFUNG STREIFENWAGEN

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, beantragt dem Rat, die unter Position 812.5060.11, mit Fr. 100'000.- dotierte Ersatzbeschaffung des Streifenwagens ersatzlos zu streichen, da das bisherige Polizeidienstfahrzeug allemal noch über einen hohen Wert verfüge, weise sein Tachometer doch erst 160'000 km aus. Das Einsatzfahrzeug sei nach wie vor in gutem Zustand, da in den vergangenen Jahren Fr. 15'000.- in die Wartung investiert worden seien.

7.1.1 REPLIK DES STADTRATES

Stellvertretend für die abwesende Stadträtin des Ressorts Sicherheit, Salome Wyss, spricht *Stadtrat Philipp Wespi, JLIE*. Dieser erklärt, dass der Dienstwagen am Ende seiner Lebensdauer angelangt sei; handle es sich dabei doch mitunter um ein Unfallfahrzeug. Längerfristig werde dem Ersatz die grössere Nachhaltigkeit zuteil, da der jährliche Service von Fr. 15'000.- ebenso stark zu Buche schlage. Der Stadtrat möchte sich von dieser „Pflästerlipolitik“ abwenden.

7.1.2 DUPLIK GEMEINDERAT KEMPF

Gemeinderat Kempf, SVP, seines Zeichens Garagist und daher auch kompetent, die Frage des Ersatzes zu beurteilen, hält fest, dass die Tatsache, wonach es sich um ein Unfallwagen handle, noch lange nicht eine Ersatzbeschaffung rechtfertige.

Ebenso sei eine jährliche Investition von Fr. 7'000.- bis 8'000.- nicht notwendig.

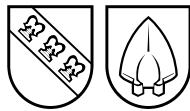
7.1.3 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG KEMPF ERSATZBESCHAFFUNG STREIFENWAGEN

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehend auf den Antrag von Gemeinderat Herbert Kempf betreffend Kto. Nr. 812.5060.11 –

BESCHLIESST:

1. Der Streichungsantrag von Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, wonach komplett auf die unter Position 812.5060.11 vorgesehene Ersatzbeschaffung des stadtpolizeilichen Dienstwagens von Fr. 100'000.- zu verzichten ist, wird mit 24 :9 gutgeheissen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 18. Dezember 2014

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 800 SICHERHEIT

814 – STRASSENVERKEHR

7.2 EINZELANTRAG GEMEINDERAT DANIEL HUBER, SVP PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG SPORTZENTRUM / BESCHAFFUNG TICKETAUTOMATEN

Gemeinderat Daniel Huber, SVP, stellt einen Streichungsantrag zur kompletten Beseitigung von Budgetposition 814.5060.00, Anschaffung Ticketautomat, von Fr. 60'000.-.

Gemeinderat Huber ist sich der Brisanz der mitverbundenen Thematik bewusst, beschlägt der Antrag doch direkt eine Massnahme des stadträtlichen Sparprogrammes, welches Huber im Allgemeinen sehr begrüsst. Allerdings subsumiere er Gebührenerhöhungen nicht unter Sparanstrengungen.

Die angestrebte Sparmassnahme hätte doch vorgesehen, beim Sportzentrum gebührenpflichtige Parkplätze einzurichten. Die Bestraften wären insbesondere sportinteressierte Vereinsmitglieder.

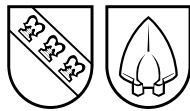
7.2.1 REPLIK DES STADTRATES

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, erläutert die stadträtliche Intention, wonach die bestehenden Parkplätze entlang der Effretiker Sportplatzstrasse der Gebührenpflicht zu unterwerfen sind. Die Gebührenpflicht würde sich auf der gesamten Länge (Höhe ALST bis Tennisplätze) der Strasse erstrecken. Zur Bewirtschaftung dieser Plätze ist mit den angesprochenen Geldern die Beschaffung von vier Ticketautomaten à je Fr. 15'000.- vorgesehen.

Die Stadt Illnau-Effretikon leistet sich hierbei keinen Primeur und orientiert sich am Beispiel und Usus anderer Gemeinden und Städte, die hinsichtlich Parkraumbewirtschaftung im Umland von Sport- und Freizeitanlagen ähnliche Wege beschritten haben und ebenso Gebühren erheben.

Obschon die Tarifierung noch nicht definitiv festgesetzt sei, möge man die Besucher/innen bzw. Lenker/innen von Automobilen nicht bestrafen. Beispielsweise sei denkbar, einen Fixbetrag für einen gewissen Zeitraum (max. 15 Stunden) in der Höhe zwischen Fr. 5.- bis 8.- vorzusehen. Ebenso sei angesichts zahlreicher Kurzparkierer ein flexibles Tarifmodell zu evaluieren. Die Stadt rechnet im Jahr 2015 mit Einnahmen von Fr. 20'000.- und in den vollen Folgejahren mit Fr. 50'000.- an Gebührenerträgen. In ca. 1.5 Jahren wären die Ticketautomaten somit amortisiert.

Stadtrat Wespi bittet, dem Antrag nicht stattzugeben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

7.2.2 ABSTIMMUNG ÜBER DEN EINZELANTRAG HUBER PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG SPORTZENTRUM / BESCHAFFUNG TICKETAUTOMATEN

DER GROSSE GEMEINDERAT

– beziehnehmend auf den Antrag von Gemeinderat Daniel Huber betreffend Kto. Nr. 814.5060.00 –

BESCHLIESST:

1. Der Streichungsantrag von Daniel Huber, SVP, wonach komplett auf die unter Position 814.5060.00 vorgesehene Beschaffung von Ticketautomaten zur Parkraumbewirtschaftung entlang der Sportplatzstrasse, Effretikon, zu verzichten ist, wird mit 20 : 13 gutgeheissen.

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 900 JUGEND & SPORT

906 – FAMILIENZENTRUM PAVILLON WATT

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, möchte die Position 906.5031.00, Erneuerung Pavillon Watt, mit einem Sperrvermerk versehen, als sich herausstellt, dass diese Meldung verfrüht erfolgt, berät der Rat doch immer noch die Investitionsrechnung als solche. Die Verhandlungen sind noch nicht bei den Kontrollen der Verpflichtungskredite angelangt, weshalb die Ratspräsidentin nach kurzer Beratung des Ratsbüros diesen Antrag noch nicht zur Abstimmung bringt und den Antragsteller auf die spätere Gelegenheit verweist.

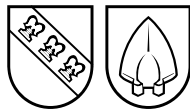
INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 900 JUGEND & SPORT

905 – FREIZEITANLAGEN

Auch *Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP*, vertut sich im aktuellen Beratungsablauf, indem er eine artverwandte Thematik rund um Konto-Nr. 905.5031.20, Sanierung Spielplatzanlage Moosburg, einbringt und gleichzeitig beliebt macht, die eingestellten Gelder nicht den üblichen Haushaltsgelder zu entnehmen, sondern diese aus dem für diesen Zweck geschaffenen Hans Wegmann-Fonds zu speisen.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE, erklärt, dass die Rechnungsprüfungskommission eine in diese Richtung vordringende mögliche Option zwar andiskutiert, aber nicht weiterverfolgt habe. Für einen diesbezüglichen Entscheid fehlen indessen die notwendigen Grundlagen. Niemand im Plenum verfüge angesichts der aufgekommenen Spontanität dieses Antrages über detaillierte Kenntnisse zum genauen Zweck und zu den verbleibenden Gelder dieses Fonds. Gemeinderat Käppeli bringt den Vorschlag ein, diese Frage allenfalls später mit einem Sperrvermerk zu versehen um damit die Chance zu nützen, Grundlagenforschung zu betreiben. Allenfalls kann der Stadtrat dazu weitere Informationen zur Verfügung stellen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Ratspräsidentin Röögli präzisiert, dass zum momentanen Beratungszeitpunkt nur Beträge gutgeheissen, gekürzt oder abgelehnt werden können. Weitere inhaltliche Beratungen wären hernach bei der Beratung der Verpflichtungskredite anzuberaumen.

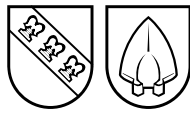
Stadtrat André Bättig, FDP, wünscht das Wort namens des Ressorts Jugend und Sport zu ergreifen. Unbestritten sei, dass besagtes Spielgerät stark baufällig und daher dringend zu ersetzen sei.

Der Hans Wegmann-Fonds sei noch gut geäufnet, allerdings wird er derzeit auch noch von anderen Projekten (Hütteschuur Ottikon) belehnt. Die Zweckbestimmungen würden das Ansinnen von Gemeinderat Gehri zwar nicht verbieten, der zuständige Ausschuss bediente sich jedoch der langjährigen Usanz, keine Unterhaltsarbeiten über den Fonds abzuwickeln. Früher oder später würde so das dort angesammelte Kapital infolge zahlreicher Instandsetzungsarbeiten getilgt, was zu bedauern sei, wenn damit in bislang ständiger Praxis ausschliesslich Neurealisierungen begünstigt wurden. Unterhaltspflichten seien seit jeher über die Laufende Rechnung abgebildet worden.

Gemeinderat Käppeli erkundigt sich nun zum anwendbaren Abstimmungsverfahren, da er seines Zeichens einen Sperrvermerk beliebt machen will. *Die Ratspräsidentin* empfiehlt zu diesem konkreten Anwendungsfall die Ablehnung und hernach zum gegebenen Zeitpunkt die Anmeldung eines entsprechenden Antrages.

Es entsteht eine kurze Situation der Unklarheit, da der Antrag von Hans-Jürg Gehri an besagter Stelle so nicht zur Abstimmung gebracht werden kann. Der Grosse Gemeinderat verfügt weder über die entsprechenden Grundlagen noch über die entsprechende Kompetenz über Entscheide zur Beanspruchung des Hans Wegmann-Fonds zu entscheiden.

In der Folge zieht Gemeinderat Gehri seinen Antrag zurück und will diesen anlässlich der Beratung der Spezialbeschlüsse zu den Verpflichtungskrediten erneut einbringen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

8 BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung der *Ratspräsidentin*, wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.

9 BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

9.1 FRAGE GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

Zum Investitionskonto 510.5010.89, Seite 74, Kontrolle der Verpflichtungskredite (Spezialbeschlüsse) mit der Bezeichnung „Sanierung Bannhaldenstrasse, Effretikon, Projekt“ richtet *Gemeinderat Michael Käppeli, FDP*, eine Frage an den zuständigen Stadtrat des Ressorts Tiefbau.

Am vergangenen Dienstag sei besagte Strasse Gegenstand eines Leserbriefes in der Presse gewesen. Ein Anwohner verschaffte seinem Unmut über das städtische Gebaren dabei gehörig Luft.

Gemeinderat Käppeli wünscht Aufschluss zur Situation.

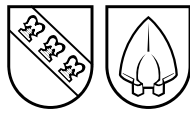
Stadtrat Urs Weiss, SVP, führt aus, wonach die Bannhaldenstrasse über die vergangenen Jahre in ca. drei Schüben organisch gewachsen sei; es stossen ihr ca. 40 Parteien an, welche in der einen oder anderen Art und Weise Miteigentümer/innen bzw. Teilhaber/innen besagter Strassenfläche sind. Sobald der Strassen- bzw. Leitungszustand nach Massnahmen verlangt, sei je nachdem die Gesamtheit aller Parteien zu begrüßen. Die Eigentumsverhältnisse präsentieren sich als derart komplex, dass insbesondere dann, wenn Leistungen oder Unterhaltsarbeiten in sämtlichen Bereichen (Beleuchtung, Entwässerung, usw.) den zahlreichen Parteien zu verrechnen sind (jede Partei verfügt als Berechnungsgrundlage über unterschiedlich grosse Grundstücke), die Problematik nur schwerlich Lösungen zuzuführen ist.

Das entsprechende Projekt wurde den Grundeigentümern vorgestellt – die Zeit drängt, da die Strassenfläche im Zerfall begriffen ist. Selbstverständlich machen sich mehrere Anstösser dazu nun ihre Gedanken, die sie offenbar mit ihren Zeitgenossen gerne mittels Leserbriefen teilen.

Die Stadt bietet im Übrigen Hand, die privaten Strassenanteile in das öffentliche Eigentum zu überführen, damit die komplexen Eigentumsverhältnisse beseitigt werden können.

Das Verfahren hierzu ist noch pendent und dessen Durchschlagskraft abhängig von den anstossenden Grundeigentümern.

Ratspräsidentin Röögli mahnt den Fragesteller, wonach der Rat am heutigen Abend keine Fragestunde abhalte. Der Tritt ans Rednerpult sei zwingend an die Bekanntmachung eines Antrages zu Handen der Plenumsabstimmung gebunden; eine nächste Fragenklärung wird die Präsidentin nicht mehr zu lassen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

9.2 ANTRAG GEMEINDERAT ROGER MIAUTON, SVP SPERRVERMERK PAVILLON WATT

Aus der vorangegangenen Beratung der Investitionsrechnung besteht eine Pendeuz. Gemeinderat Miauton macht beliebt, das Investitionskonto Nr. 906.5031.00, Pavillon Watt, Seite 82, mit einem Sperrvermerk „S“ zu versehen.

9.2.1 VOTEN ZUM ANTRAG MIAUTON GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP/JLIE

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, erachtet den dargebrachten Antrag angesichts der Betragshöhe von Fr. 50'000.- als unverhältnismässig. Ebenso sei unklar anlässlich welcher Bearbeitungsstände im zeitlichen Projektablauf der Stadtrat an den Grossen Gemeinderat gelangen soll.

Gemeinderat Nuzzi ersucht das Plenum, den gestellten Antrag abzulehnen oder den eingestellten Betrag konsequenterweise komplett zu streichen.

9.2.2 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

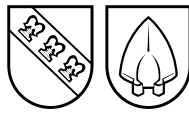
Gemeinderat André Büecheler, SVP, bezieht sich auf den gesamthaften Kostenblock in sachverwandter Thematik, abgebildet im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP, Seite 55, im Umfang von Fr. 150'000.-.

Die Motivation einem Sperrvermerk zuzustimmen, bestünde darin, Klarheit zu den offenen Fragen und einem offenbar nicht vorhandenen oder nicht kommunizierten Betriebskonzept zu erlangen. Es wäre interessant, mehr darüber zu erfahren.

9.2.3 GEMEINDERAT MATTHIAS MÜLLER, EVP

Gemeinderat Matthias Müller, EVP, ruft in Erinnerung, wonach sich das Parlament seit nunmehr zwei Jahren mit dem Pavillon Watt beschäftige; initiiert wurde die Thematik durch Rats- und Fraktionskollegin Tanja Bischof, EVP, die seinerzeit einen entsprechenden Vorstoss zum Thema eingereicht hatte. Der Stadtrat widmet in seinem Schwerpunktprogramm zur Amtsdauer 2014-2018 der frühkindlichen Betreuung ein Legislaturziel, welches die Vernetzung und Abstimmung der verschiedenen bestehenden Angebote aufeinander vorsieht. Dazu sieht die Stadtregierung auch die Umsetzung des Projektes „primokiz“ vor. Es wäre schade, würde dieser Sperrvermerk nun die Bestrebungen der eingesetzten Arbeitsgruppe bremsen und dem Fortschritt in dieser Sache eine gewichtige Hürde in den Weg stellen.

Gemeinderat Müller ersucht das Plenum, die Position nicht mit einem Sperrvermerk zu bannen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

9.2.4 REPLIK STADTRAT ANDRÉ BÄTTIG, FDP

Stadtrat André Bättig, FDP, pflichtet bei, dass der Pavillon Watt derzeit viele Gemüter beschäftige. Es gelte dabei zwei Aspekte – nämlich den betrieblichen und den infrastrukturellen Teil – zu beleuchten. Die betrieblichen Bestandteile seien derzeit in der Konzeptphase begriffen.

Zur Infrastruktur sei zu bemerken, dass das Gebäude den feuerpolizeilichen Auflagen schon längst nicht mehr genüge und der Bestand in dieser Form durch das Kontrollorgan der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich ,GVZ, nur noch auf Zusehen hin geduldet werde. Auch die Zukunft des Standortes sei zu evaluieren, da früher oder später Ersatz für den betagten, ursprünglich als Provisorium vorgesehenen Baukörper, geschaffen werden muss. Zu diesem Zweck enthält der Voranschlag den angesprochenen Planungskredit von Fr. 50'000.-, welcher mitunter eine Studie mit Auslegeordnung zu gangbaren Optionen zu Tage fördern soll (inklusive Standortanalyse, Kostenschätzung usw.).

Eine Ratsdebatte hierzu würde zu einer Plauderstunde verkommen, was wenig im Interesse des Parlamentes liegen könne. Interessant werde es dann, wenn im Rahmen der besagten Studie die Resultate vorliegen und der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat einen Kredit bzw. eine Vorlage zur Sache unterbreiten und dem Parlament damit verbunden auch die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Erhebungen präsentieren wird.

9.2.5 ABSTIMMUNG EINZELANTRAG MIAUTON SPERRVERMERK PAVILLON WATT

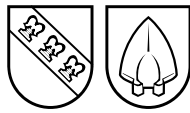
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag von Gemeinderat Roger Miauton, SVP

BESCHLIESST:

1. Von einem Sperrvermerk „S“ zu Investitionskonto Nr. 906.5031.00, Pavillon Watt, Seite 82, wird abgesehen.

Der Beschluss erfolgte mit grossmehrheitlicher Zustimmung.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

9.3 ANTRAG GEMEINDERAT HANS-JÜRG GEHRI, BDP BELEHNUNG DES HANS WEGMANN-FONDS

Der in der vorangegangenen Diskussion – im Grunde nicht näher – definierte Antrag von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, wird reaktiviert. Der konkrete Antragsinhalt scheint derweil unklar.

9.3.1 STADTRAT ANDRÉ BÄTTIG

Stadtrat André Bättig, FDP, versucht zu resümieren, dass das Ansinnen von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, eine Frage der Finanzierung beschlage und der Sperrvermerk demnach das falsche Instrument sei, auf diese Problematik einzuwirken. Die Vornahme der gebundenen Ausgabe falle eindeutig der Kompetenz des Stadtrates zu.

Bättig empfiehlt, via Rückkommensantrag zur Beratung der Investitionsrechnung zu gelangen und dort die Finanzierung durch den Wegmann-Fonds als Einnahme zu deklarieren bzw. zu beantragen. Der Fonds umfasst laut zwischenzeitlichen Abklärungen nun Fr. 1.7 Mio.

9.3.2 ABSTIMMUNG ÜBER RÜCKKOMMEN

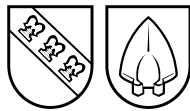
Da Gemeinderat Hans-Jürg Gehri sich von seinem Platz aus mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden erklärt, meldet Stadtrat André Bättig, im Auftrag von Urheber Gehri, den Rückkommensantrag im Sinne von Art. 42 GeschO GGR an.

Unruhe bemächtigt sich des Ratssaales. Während die Ratspräsidentin darüber sinniert, ob der Rückkommensantrag allenfalls schriftlich vorzulegen sei, entwickelt die Debatte kurzzeitig eine Eigendynamik. Es folgen ungeordnete Wortwechsel quer über den Plenarsaal, ohne dabei Voten am Rednerpult abzugeben. Die Ratspräsidentin versucht dem bunten Treiben Einhalt zu gebieten.

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, bittet das Plenum – von seinem Platz aus sprechend –, der bisherigen Tradition nachzuleben, wonach der Hans Wegmann-Fonds nicht werterhaltenden, sondern nur neuen Bestrebungen zugedacht und dafür nicht zu belehnen sei.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, widerspricht dem eben durch Stadtrat Wespi Gesagten, indem er die Stiftungsurkunde des entsprechenden Fonds konsultiert. Das Ansinnen lässt sich durchaus mit dem Stiftungszweck vereinbaren.

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, unterstützt die bisherige Usanz des Stadtrates, wonach Unterhaltsarbeiten über die Positionen der Laufenden Rechnung abzuwickeln und der Fonds damit nicht zu belasten sei.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Der Grosse Gemeinderat entsagt dem Rückkommen anlässlich der entsprechenden Abstimmung mit 20 : 8 Stimmen, womit sich die Sache ohne weitere Beratung erledigt.

9.4 ANTRAG RPK VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Namens der Rechnungsprüfungskommission beantragt deren Präsident, Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, dem Grossen Gemeinderat einstimmig, das Konto 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“ mit einem Sperrvermerk (S-Kredit) zu versehen. Gemäss Stadtrat sei die Bandenanlage über zehn Jahre alt. Sie muss aus dessen Sicht daher in zwei bis drei Jahren ersetzt werden, ansonsten die Schweizerische Eishockey Liga dem Spielfeld die Lizenz, als Spieldarstellungsstätte zu wirken, entzieht.

Mehr Informationen überliess der Stadtrat der vorberatenden Kommission nicht; offenbar seien aber zwischenzeitlich neue Entwicklungen zu Tage getreten, weshalb Präsident Käppeli seinen Fraktionskollegen im Stadtrat via Ordnungsantrag auffordert, das Plenum nun über die tatsächliche Faktenlage zu orientieren; hernach soll eine Debatte geführt werden können.

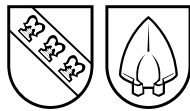
Nachdem sich *die Vorsitzende* beim Plenum erkundigt hat, ob das geäusserte Vorgehen konform geht und der Rat offenbar nichts gegen das unübliche Gebaren einzuwenden hat, erteilt die Präsidentin dem Stadtrat Ressort Jugend und Sport das Wort.

Stadtrat Bättig erläutert dem Plenum die Sachlage detailliert. Bandenanlagen verfügen über eine begrenzte Lebensdauer, weshalb sie in einem Zyklus von 10 bis 15 Jahren zu ersetzen seien. Die gegenwärtige Ausführung ist ca. 10 Jahre alt und vermag den sicherheitstechnischen Standards nicht mehr zu genügen; der Prüfbericht des zuständigen Kontrollorganes stelle der Anlage kein gutes Zeugnis aus. Bei Nichtanhandnahme geeigneter Massnahmen wird die Liga dem ortsansässigen Club bzw. dem Sportzentrum die notwendigen Lizenzen entziehen. Die Beplankungen und weitere Einzelheiten vermögen den heute erforderlichen sicherheitstechnischen Standards nicht mehr zu genügen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf - und damit zwei Varianten, wie in der Frage weiterverfahren und der Situation beigegeben werden könnte. Einerseits bieten sich Renovationen im Umfang von Fr. 30'000.- (neue Beplankungen und weitere Anpassungen) an, welche die Anlage weitere zwei bis drei Jahre über die Runden bringen wird. Alternativ liesse sich eine Occasionsanlage einbauen, was zwar eine längere Lebensdauer gewähren aber höhere Kosten nach sich ziehen wird. Der Stadtrat habe in dessen zu beiden Fragen noch keinen Entschluss gefasst; er im Übrigen aber kompetent sei, über diese Frage im Rahmen gebundener Ausgaben zu entscheiden.

Hauptsächlicher Stolperstein zur Frage bildet der zeitliche Aspekt; Renovation oder Einbau müssten diesen Sommer erfolgen, wenn die Eisfelder stillgelegt und nicht bespielt werden. Angesichts der Lieferfrist von vier Monaten scheint es schwierig, den Prozess so zu synchronisieren, dass auch der Grosse Gemeinderat sich noch dazu äussern könnte.

Stadtrat Bättig ersucht das Legislativorgan daher, die Position nicht mit einem Sperrvermerk zu belegen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

Kommissionspräsident Käppeli fordert den Stadtrat auf, solche Erkenntnisse der Rechnungsprüfungskommission inskünftig während des Vorberatungsprozesses zeitnah zu kommunizieren, was dem Plenum und auch dem Stadtrat solche Zusatzrunden ersparen möge.

Gemeinderat Herbert Kempf, SVP, erkundigt sich nach der Lebensdauer der Occasionsanlage und dem Sparpotenzial.

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP/JLIE, repetiert inhaltlich die Frage von Gemeinderat Herbert Kempf – einfach in leicht abweichenden Worten.

Stadtrat André Bättig, FDP, erläutert, wonach bei einer revidierten Occasions-Bandenanlage von derselben Lebensdauer gegenüber einer neuen Ausfertigung ausgegangen werden kann.

Es gelte, folgende Abwägung vorzunehmen:

1. Sofortmassnahmen im Umfang von Fr. 30'000.- an der bisherigen Anlage; dafür wird in zwei bis drei Jahren ein grösserer Betrag für eine komplett neu zu erstellende Bandenanlage fällig.
2. Anschaffung der momentan auf dem Markt verfügbaren Occasionsanlage von Fr. 160'000.-. Eine komplett neue Anlage würde mit ca. Fr. 200'000.- zu Buche schlagen.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, spricht dank des durch die Ratspräsidentin beim Plenum eingeholten Einverständnisses in selber Sache bereits zum dritten Mal.

Die Rechnungsprüfungskommission halte am Sperrvermerk fest; der Stadtrat möge eine saubere Vorlage ausarbeiten – die wirren Ausführungen erschweren einen klaren Entscheid am heutigen Abend. Das Parlament wird die Vorlage rechtzeitig beraten, damit die Zeitlinie noch getreu eingehalten werden kann.

9.4.1 ABSTIMMUNG ÜBER DEN ANTRAG RPK SPERRVERMERK BANDENANLAGE

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission -

BESCHLIESST:

1. Konto 950.5031.12 „Bandenanlage Eisbahn“ wird mit einem Sperrvermerk (S-Kredit) versehen

Der Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 21:9 zu Stande.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

10 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM VORANSCHLAG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Voranschlag 2015 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 2. Oktober 2014 genehmigt.

Der Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 27 : 6 zu Stande.

Die Ratspräsidentin unterbricht die Verhandlungen für eine kurze Pause von fünf Minuten.

11 DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

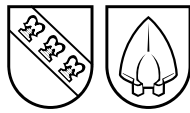
Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Michael Käppeli, FDP*, den hinlänglich kommunizierten Vorschlag zur Belassung des Steuerfusses auf 115 % der einfachen Staatssteuer bekannt.

11.1 VOTEN AUS DEM RAT ZUM STEUERFUSS GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP/JUSO

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP/JUSO, referenziert einen kürzlich im Tages Anzeiger erschienenen Bericht, wonach das durchschnittliche Einkommen der Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Illnau-Effretikon Fr. 56'500.- betrage. Ein Steuerprozent betrage somit Fr. 56.50, pro Tag also einen Fünfräppler. Mit diesem Beispiel veranschaulicht Gemeinderat Kindlimann, dass eine Steuererhöhung durchaus zumutbar wäre.

Der Stadtrat habe sich bekanntlich für einen anderen Weg entschieden; die SP/JUSO-Fraktion hingegen fordere keine Verzichtsplanung mittels Sparpaket, sondern eine moderate Steuererhöhung, damit die gesamte Bevölkerung solidarisch zum Schuldenabbau beitragen darf.

Die SP/JUSO-Fraktion stellt den Antrag, den Steuerfuss um 2 % zu erhöhen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

11.2 GEMEINDERAT HANS ZIMMERMANN, GP

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, bereiten die Fr. 57 Mio. grosse Sorgen. Er richtet sich im Weiteren auch namens der EVP-Fraktion an den Rat.

Langfristige Schulden, Cashflow, Selbstfinanzierungsgrad und Steuerfuss stünden in einem direkten Zusammenhang. Im Jahre 2005 verfügte die Stadt Illnau-Effretikon über ca.- Fr. 27 Mio. Schulden. Jetzt seien es nur zehn Jahre später mit Fr. 57 Mio. rund Fr. 30 Mio. mehr als damals.

Was müsse nun unternommen werden, damit sich die Schulden im Jahre 2025 wieder auf dem Niveau von 2005 einpendeln? Ein Steuerprozent entspreche Fr. 325'000.-. Um Fr. 30 Mio. Schulden zu tilgen, wäre der Steuerfuss während einer befristeten Dauer von zehn Jahren auf 124 % festzulegen.

Die Angestellten der Schweizer Bundesbahnen SBB hätten im Übrigen während Jahren durch zusätzliche Lohnabzüge deren Pensionskasse aus eigener Kraft saniert. Die Stadt Illnau-Effretikon würde mit einer befristeten Erhöhung des Steuerfusses nichts anders bewerkstelligen, um mit dieser Massnahme die städtischen Finanzen wieder ins Lot zu bringen

Die Gemeinde Ossingen wies im Jahre 2007 eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen aller 171 Gemeinden im Kanton aus; diese betrug damals über Fr. 5'000.- pro Einwohner. Der Gemeinderat habe anno 2007 beschlossen, die Schulden zu tilgen. Die Gemeinde legte zur Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels den höchstmöglichen Steuerfuss fest. Gemäss Daniel Stahl, Finanzvorstand in Ossingen, sollte der Schuldenabbau im Jahre 2018 abgeschlossen sein, ferner soll hernach wieder ein bescheidenes Pro-Kopf Nettovermögen resultieren. Ab 2019 möge der dortige Steuerfuss wieder markant sinken.

Gemeinderat Zimmermann meint bereits heute jene predigen zu hören, die behaupten, eine Verzin- sung von Fr. 800'000.- sei problemlos zu bewältigen. Bei anhaltend historisch tiefem Zinsniveau möge dies durchaus stimmen. Es stehe ausser Frage, wonach die Zinsen wieder steigen werden, es bleibe bloss noch zu eruieren, zu welchem Zeitpunkt dies eintreten wird. Ein möglicher Zinssatz von 5 % käme keiner Utopie gleich und könnte den städtischen Finanzhaushalt bei Fr 60 Mio. Schulden auf dem „rechten Fuss erwischen“. Das wären dann allemal Fr. 3 Mio. pro Jahr.

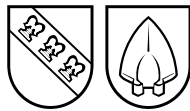
Gemeinderat Hans Zimmermann richtet sich, sein Votum schliessend, an die „Selbstverantwortungs- partei“. Selbstverantwortung heisse für ihn, dass das Geld das jetzt ausgegeben werde, auch jetzt verdient werde und nicht als Schuldenberg der nächsten Generation übertragen wird.

Zimmermann schickt voraus, dass er noch keinen Antrag stellen werde, er sich aber auf die weitere Diskussion freue.

Gemeinderat Paul Rohner, SVP, plädiert für Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses; mittlerweile wurden die Zeichen der Zeit erkannt und Stadtrat und eine Mehrheit des Parlamentes haben sich von der „Nice to have“-Politik verabschiedet.

Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, hat sich offenbar zu früh gefreut; weder Parlament noch Stadtrat wünschen keine weitere Diskussion. Zimmermann zeigt sich über diesen Umstand sichtlich ent- täuscht, tritt nochmals ans Rednerpult und berichtet aus früheren Zeiten.

Erweiterung in den Reihen des Rates.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

12 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR FESTSETZUNG DES STEUERFUSSES

12.1 BEREINIGUNG DER ANTRÄGE

Es liegen der Antrag des Stadtrates – unterstützt durch die Rechnungsprüfungskommission – lautend auf 115 % und ein Gegenantrag der SP/JUSO-Fraktion, lautend auf 117 %, vor.

Die beiden Anträge werden einander gegenüber gestellt.

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2015 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Der stadträtliche Antrag obsiegt in der Ausmarchung mit 23 : 10 Stimmen.

13 KENNTNISNAHME IAFP

Keine Diskussion.

14 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFP

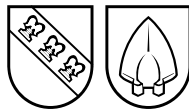
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016/20 wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

15 SCHLUSSABSTIMMUNG

Es ergeht die Schlussabstimmung. An dieser Stelle wird der konsolidierte Gesamtbeschluss inklusive aller Änderungen abgebildet (ausgenommen die an sich hinfälligen Abstimmungen unter den Punkten 7.1.2 und 7.2.2).

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 198 vom 2. Oktober 2014)
und in Kenntnis des Abschieds der Rechnungsprüfungskommission vom 28. November 2014
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

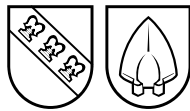
1. Der Voranschlag 2015 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 2. Oktober 2014 wie folgt verändert:

1.1 LAUFENDE RECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	NEUER BETRAG	KÜRZUNG
150.3110.00	Anschaffung Büromobiliar und Maschinen	Fr. 20'000.-	Fr. 25'000.-
163.3010.00	Beförderungen und Lohnmassnahmen	Fr. 90'000.-	Fr. 85'000.-
208.3310.00	Abschreibungen degressiv Verwaltungsvermögen	Fr. 7'717'000.-	Fr. 139'000.-
420.3114.00	Anschaffung von Mobilien (Liegenschaft Rössli)	Fr. 0.-	Fr. 70'000.-
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum Bruggwiesen	Fr. 20'000.-	Fr. 80'000.-
420.4270.70	Mietzins Alterszentrum Bruggwiesen	Fr. -1'636'000.-	Fr. -53'000.-
900.3180.01	Sportprojekte	Fr. 0.-	Fr. 10'000.-

SPEZIALFINANZIERUNGEN (NEUTRAL)

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	NEUER BETRAG	KÜRZUNG
712.3100.00	Drucksachen	Fr. 30'000.-	Fr. +17'200.-
712.4800.00	Entnahme Spezialfinanzierungen	Fr. -14'900.-	Fr. -17'200.-
		Total	Fr. 462'000.-

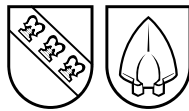


AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	NEUER BETRAG	KÜRZUNG
420.5810.41	Neuplanung Zentrum Dorfplatz Unter-Illnau	Fr. 0.-	Fr. 50'000.-
420.5031.18	Umbauten Stadthaus	Fr. 30'000.-	Fr. 70'000.-
420.5031.31	Rest. Rössli, Energetische Massnahmen	Fr. 0.-	Fr. 900'000.-
420.5031.62	Dorfplatz Ottikon, Volgladen	Fr. 50'000.-	Fr. 50'000.-
812.5060.11	Ersatz Dienstwagen Stadtpolizei	Fr. 0.-	Fr. 100'000.-
814.5060.00	Ticketautomat	Fr. 0.-	Fr. 60'000.-
		Total	Fr. 1'230'000.-

- 1.3 Konto-Nr. 950.5031.11, Verpflichtungskreditkontrolle, Bandenanlage Eisbahn, Sportzentrum, wird mit einem Sperrvermerk versehen.
- 2.1 Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit der Voranschlag 2015. Die Aufwendungen und Erträge in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:
- | | | | |
|--|-----------|-----|-------------|
| - Laufende Rechnung | Aufwand | Fr. | 104'223'000 |
| | Ertrag | Fr. | 104'336'700 |
| - Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen | Ausgaben | Fr. | 12'420'000 |
| | Einnahmen | Fr. | 2'323'300 |
| - Investitionsrechnung Finanzvermögen | Ausgaben | Fr. | 0 |
| | Einnahmen | Fr. | 1'500'000 |
- 2.2 Der Voranschlag 2015 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.
3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2015 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 113'700.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016-2020 sowie vom finanziellen Führungsinstrument Cockpit wird Kenntnis genommen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 18. Dezember 2014

7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Stadtrat, zweifach
 - b. Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. Rechnungsprüfungskommission
 - d. sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates
und die abonnierten Empfänger/innen der Geschäftsunterlagen / via Newsletter
 - e. sämtliche Ressortvorstehende des Stadtrates
 - f. sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung
 - g. das Ratssekretariat, dreifach

Obgenannter Beschluss zur Schlussabstimmung kam mit 27 : 6 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 19.12.2014
ms